



John Dewey
Forschungsstelle
für die Didaktik
der Demokratie

JODDID STUDIE NR. 2

JoDDiD (Hrsg.)

DEMOKRATISCHE BILDUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Eine JoDDiD-Studie zu Potenzialen, Herausforderungen und Strategien außerschulischer politischer Bildung jenseits städtischer Perspektiven

ABSTRACT

Die Studie zur demokratischen Bildung im ländlichen Raum erforscht die komplexen Herausforderungen und Potenziale politischer Bildung in ländlichen Regionen und diskutiert erste Lösungsansätze. Im Zentrum der Ergebnisse stehen die unmittelbaren Beziehungen im ländlichen Raum, die durch die gemeinsam geteilten Lebenswelten und stabile Interaktionsnetzwerke gekennzeichnet sind, aber auch durch die Konfrontation mit verengten Diskursräumen, Konformitätszwängen und Angriffen.

Die Studie identifiziert sechs Spannungsfelder, die von politischen Bildner:innen im ländlichen Raum navigiert werden müssen. Dabei werden unter anderem die systemischen Herausforderungen der Finanzierung und bürokratischen Belastung aufgezeigt sowie die Notwendigkeit eines nachhaltigen und inklusiven Ansatzes herausgestellt, um politische Bildung effektiv gestalten zu können.

Darüber hinaus werden Lösungsansätze diskutiert, die den Aufbau und die Pflege von Beziehungen und Netzwerken, langfristige Verankerung und Zusammenarbeit mit lokalen Akteur:innen, sowie die systematische Erfassung von Angriffen und deren Prävention thematisieren. Außerdem wird eine gezielte Förderung und Anerkennung der politischen Bildungsarbeit, sowie die Entwicklung bildungsimpliziter Veranstaltungen, die eng an die Lebenswelt der ländlichen Bevölkerung angelehnt sind, gefordert. Die Studie betont den Zusammenhang zwischen langfristiger Handlungs- und Finanzierungssicherheit und der Kultivierung von Vertrauen mit wichtigen lokalen Akteur:innen. Es bedarf dazu einer maßgeschneiderten, prozessorientierten Finanzierungsmechanik, die den einzigartigen Kontext ländlicher Einstellungen respektiert. Die Autor:innen plädieren für eine ganzheitliche Strategie politischer Bildungsförderung in Sachsen, die nicht nur, aber im besonderen Maße den Anforderungen verschiedener Regionen gerecht wird.

Die Ergebnisse zeigen, dass politische Bildung im ländlichen Raum spezifische didaktische Ansätze erfordert, die sich von städtischen Modellen unterscheiden und die ein tiefes Verständnis der lokalen Dynamiken und Bedürfnisse voraussetzen. Die Studie betont die Notwendigkeit einer adaptiven, ressourcenbewussten und langfristig orientierten Herangehensweise, um die demokratische Teilhabe und Bildung in ländlichen Gebieten zu stärken und zu fördern.

IMPRESSUM

Herausgeber:
John-Dewey-Forschungsstelle
für die Didaktik der Demokratie

Autor:innen :
David Jugel, Celina M. Hertel

Mitarbeit:
Celina Schönbrodt, Rico Lewerenz, Anja Besand

Lektorat:
Ann-Christin Belling

Satz und Design:
Anne Borrmeister, David Jugel

Coverbild lizenzfrei von Pexels.

<https://doi.org/10.25368/2024.27>

Dresden, April 2024

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung	4
2	Methodisches Vorgehen	5
3	Politische Bildung im ländlichen Raum - ein Spannungsfeld ...	6
3.1	... zwischen lebensweltlichen Zugängen und Skepsis der Zielgruppen, Beziehungsbarrieren sowie Konformitätszwang	6
3.2	... zwischen direktem Zugang zu Entscheidungsträger:innen und Behinderung durch kommunale Politik und Verwaltung	10
3.3	... zwischen Bereitschaft zur Solidarität und rechten Strukturen sowie Angriffen auf demokratische Bildungsarbeit	12
3.4	... zwischen idyllischer Natur, strukturellen Problemen und städtisch verengten Anforderungen an demokratische Bildungsarbeit	15
3.5	... zwischen Mittelvielfalt und fehlender Nachhaltigkeit in der Förderung	18
3.6	... zwischen gestaltbaren Freiräumen und didaktischen Unsicherheiten	25
4	Lösungsstrategien im Umgang mit Herausforderungen demokratischer Bildung im ländlichen Raum	28
4.1	Beziehungen und Netzwerke aufbauen, pflegen und nutzen	28
4.2	Langfristige Verankerung in den Regionen, Beziehungsaufbau zu Gatekeeper:innen und Mediationsstrukturen	30
4.3	Systematische Erfassung von Angriffen sowie rechtliche und strategische Beratung	32
4.4	Gezielte, prozessorientierte sowie nachhaltige Förderung und Anerkennung politischer Bildungsarbeit	33
4.5	Bildungsimplicite Veranstaltungen, lebensweltliche Entlastungsangebote und Professionalisierung	36
5	Diskussion und Schlussfolgerungen	37
6	Literatur	42

DEMOKRATISCHE BILDUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

EINE JODDID- STUDIE ZU POTENZIALEN, HERAUSFORDERUNGEN UND STRATEGIEN AUSSERSCHULISCHER POLITISCHER BILDUNG JENSEITS STÄDTISCHER PERSPEKTIVEN

von David Jugel & Celina M. Hertel

1. EINLEITUNG

Viele freie Träger:innen, Initiativen, aber auch geförderte Projekte durch den Bund oder die Länder haben sich das Ziel der non-formalen, politischen und demokratischen Bildungsarbeit¹ gesetzt. Im Fokus der Förderstruktur stehen vor allem urbane Räume, welcher vielfältige Möglichkeiten und Angebote der Beteiligung bieten. In Anbetracht der politischen Situation in Sachsen, wo in den letzten Jahren rechtspopulistische Parteien, Corona-Leugnende und rechtsextreme Netzwerke vor allem auf dem Land Rückhalt finden, scheint ein Blick auf zivilgesellschaftliche Akteur:innen und demokratische Bildungsarbeit höchst angebracht. Dementsprechend sind dort Unterstützungsmaßnahmen für zivilgesellschaftliche Akteur:innen und Bildungsprojekte von maßgeblicher Bedeutung. Die John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie hat dazu Akteur:innen ländlicher Demokratiebildung in Sachsen in einer Interviewstudie befragt und anschließend ein Werkstattgespräch mit einer Fokusgruppe durchgeführt. Ziel war es, die Herausforderungen, Potenziale und Lösungsstrategien demokratischer Bildung im ländlichen Raum zu erkennen, zu erfassen und diese in einen wissenschaftlichen Rahmen einzubetten.

Bei der Definition des ländlichen Raums folgen wir dem Thünen-Institut für Ländliche Räume. Anstatt ländliche Räume nur wie gängig in Abgrenzung zur Großstadt zu beschreiben, wird bei der Thünen-Typisierung ein Index gebildet, der die „Ländlichkeit“ anhand siedlungsstruktureller Merkmale misst. Dieser Index steigt

mit geringerer Siedlungsdichte, höherem Anteil an landwirtschaftlicher Fläche, mehr Ein- und Zweifamilienhäusern, geringerer Bevölkerungszahl im Umkreis besiedelter Flächen und größerer Entfernung von großen Zentren. Ein Schwellenwert wird festgelegt, um diese Räume abzugrenzen, wobei der Thünen-Ansatz 267 der 361 Kreisregionen als ländliche Räume einstuft. Etwa 47 Millionen Menschen, was 57 % der deutschen Bevölkerung entspricht, leben in diesen Gebieten auf etwa 91 % der Fläche Deutschlands (Küpper 2020). In Sachsen macht demnach der ländliche Raum sogar 95% der Fläche und 66% der Bevölkerung aus (Landatlas 2016).

Die Ergebnisse dieser Erhebung werden im Folgenden im Anschluss an die methodische Beschreibung (Kapitel 2) in Form von Spannungsfeldern zwischen Potenzialen und Herausforderungen dargestellt (Kapitel 3). In den Blickpunkt treten dabei Herausforderungen ländlicher Spezifika bezüglich Infra- sowie Sozial- und Altersstruktur, der Zusammenarbeit mit politischen Akteur:innen und Verwaltung, unzureichender Ressourcenverteilung, Qualifikation sowie finanzieller Förderung. Insbesondere die Skepsis, aber auch feindliches Auftreten gegenüber den Projekten sind dabei besorgniserregende Ergebnisse. Anschließend werden diverse Lösungsstrategien der Bildner:innen im Umgang mit diesen Herausforderungen skizziert (Kapitel 4). Dabei sollen auch erfolgreiche Bemühungen der Initiativen und Träger:innen beispielhaft dargestellt werden, um daraus allgemeine Anforderungen an erfolgreiche Bildungsarbeit zu abstrahieren. Abschließend werden aus den erhobenen Daten Perspektiven und Lösungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund des bestehenden wissenschaftlichen Diskurses diskutiert, offene Forschungsfragen in diesem Feld aufgezeigt und Handlungsperspektiven für verschiedenste Akteur:innen abgeleitet (Kapitel 5).

¹ Auch wenn es in der Praxis an verschiedenen Stellen sinnvoll erscheint, demokratische und politische Bildung voneinander abzugrenzen, werden diese Begriffe hier synonym verwendet. Wir schließen uns dabei der Begründung des 16. Kinder- und Jugendberichts an (2020: 117ff.)

2. METHODISCHES VORGEHEN

Die vorliegende Studie stützt sich einerseits auf Daten aus leitfadengestützten Interviews, welche die John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie (JoD-DiD) Anfang 2023 durchführte, und andererseits auf Daten, die im Rahmen eines Werkstattgesprächs ein halbes Jahr später erhoben wurden.

Datenerhebung Leitfadeninterviews

Im Rahmen der Studie wurden Interviews mit Praktiker:innen, d.h. politischen Bildner:innen, die innerhalb verschiedener Träger:innen und Vereine in der Bildungsarbeit aktiv sind, geführt. Darüber hinaus wurden auch Stakeholder:innen interviewt, hier zu verstehen als Personen aus Politik, Verwaltung und Fördermittelinstitutionen, die direkt oder indirekt an Entscheidungsprozessen beteiligt oder breit im Feld vernetzt sind. Die Unterteilung in Praktiker:innen und Stakeholder:innen ist allerdings nicht als trennscharfe Kategorisierung zu verstehen, da teils Interviewte zwar aufgrund ihrer Position im Feld als Stakeholder:innen eingestuft werden konnten, aber gleichzeitig selbst in der aktiven Bildungsarbeit tätig sind oder waren. Die Auswahl der insgesamt 16 Studienteilnehmer:innen aus ganz Sachsen erfolgte auf der Basis bestehender Kontakte der JoDDiD über eine Mischung aus Schneeballverfahren und der Absprache mit Gatekeeper:innen im Feld. Insgesamt wurden dabei sieben Interviewpartner:innen näher zum ländlichen Raum befragt. Die Länge der Interviews betrug zwischen 60 und 140 Minuten. Die Interviews wurden entweder in den Geschäftsräumen der Arbeitsplätze der Befragten als auch in den Räumen der JoDDiD geführt.

Um die persönlichen Sichtweisen der Interviewten bestmöglich einzufangen, aber dennoch den inhaltlichen Zusammenhang zu kontrollieren und die Vergleichbarkeit der Interviews zu gewährleisten, wurden die Interviews leitfadengestützt durchgeführt. Dazu wurde ein Fragenpool erstellt, strukturiert und in Leitfäden bzw. Interviewmatrizen (je leicht angepasst für Praktiker:innen und Stakeholder:innen) integriert. Die insgesamt 16 Studienteilnehmer:innen wurden u.a. zu persönlicher Motivation, Karrierewegen, ihrem Verständnis von politischer Bildung, Zielgruppen und -räumen, Best Practice, Feld- und Finanzierungsstruktur, Förderprogrammen, Transfer und Weiterbildung befragt. Die Interviews dienen für mehrere Studien als Datenbasis. Für die vorliegende Studie wurden insgesamt sieben Interviews im Gesamtumfang von 10h und 40min Gespräch herangezogen, in denen Praktiker:innen aus dem ländlichen Raum zu ihren Erfahrungen bzw. Stakeholder:innen zu ihren Einschätzungen befragt wurden.

Datenerhebung Werkstattgespräch

Da in den Interviews deutlich wurde, dass es eines vertiefenden Blicks für den ländlichen Raum bedarf, wurde zu einem Werkstattgespräch für Vereine und Initiativen,

die im ländlichen Raum in Sachsen agieren, eingeladen. 14 Personen (aus acht Projekten) folgten der Einladung und diskutierten, erörterten und strukturierten in Fokusgruppengesprächen Potenziale, Herausforderungen und Strategien demokratischer Bildung im ländlichen Raum. Da sich das gesamte Forschungsleitbild der JoDDiD an einer partizipativen Forschung bzw. Open Science orientiert (Unger 2014), sollte das Forschungsanliegen durch diesen zweiten Schritt der Datenerhebung zielgruppengerecht und praxisnah untersucht werden. Entsprechend war das Ziel des Werkstattgesprächs, die Ergebnisse aus den Interviews gemeinsam mit politischen Bildner:innen aus dem ländlichen Raum unter Berücksichtigung ihrer Perspektiven und Erfahrungen zu diskutieren. So sollten „der Blick aus der Praxis“ und möglichst viele Facetten der Einzelthemen zur Sprache gebracht werden. Dabei legen sich „für die Dauer des Gesprächs [...] [die] Fertigkeiten [...] gleichsam übereinander, bilden einen neuen, innovativen Erfahrungsraum, aus dem [die] Beteiligten wiederum für ihr eigenes Arbeiten und Denken profitieren können“ (Kessler 2012: 215).

Es erfolgt dabei eine Kontextualisierung der Fragen und Antworten der jeweiligen Interaktion, welche essentiell für die Einbettung der Erkenntnisse in der eigenen Wirklichkeit ist. Der Austausch erweitert und prägt unweigerlich den Erfahrungsraum der Teilnehmenden (ebd. 2012: 40f.). Die bedeutungsoffene Anwendung des Begriffes ermöglicht ebenfalls, verschiedenste sozialwissenschaftliche Methoden der Datenerhebung miteinander zu vereinen. So können „Interviews, Begegnungsprotokolle, Befragungen etc. [verwendet werden], insofern sich gerade anhand ihrer jene Tendenzen aufzeigen lassen“ (ebd. 2012: 40), welche die Forschenden tangieren. Ein idealtypisches Werkstattgespräch gibt es daher nicht und wäre aufgrund der Vielzahl an Interaktionsoptionen aller Gesprächsteilnehmer:innen auch unmöglich umsetzbar (vgl. ebd. 2012: 214f.). Kessler fasst abschließend das Werkstattgespräch als „Argumentationsgemeinschaft“ zusammen, welche „nicht vom anderen rezipiert[, sondern] gemeinsam produziert“ (ebd. 2012: 232) wird. Die Methode des Werkstattgesprächs bot dabei die Möglichkeit zur freien und datengeleiteten Fokusgruppenarbeit sowie einen Wechsel aus Kleingruppen- und Plenumsphasen. Zur Diskussionsanregung wurden aus den Ergebnissen der Interviews heraus Thesen zu etwaigen Potenzialen und Herausforderungen generiert, welche im Verlauf des Werkstattgesprächs verifiziert, falsifiziert, erweitert oder differenziert wurden.

Das Werkstattgespräch fand an einem Werktag zwischen 10 und 15 Uhr Mitte 2023 in der JoDDiD statt und bestand aus Plenums- und Kleingruppenphasen, in denen jeweils Potenziale, Herausforderungen und Strategien demokratischer Bildung im ländlichen Raum diskutiert wurden. Die Kleingruppenphasen wurden in der Think-Pair-Share Methode gestaltet und auf Moderationskarten

und Placemates (PM1-PM4) dokumentiert. In den Plenumphasen wurden Ergebnisse der Kleingruppenphasen geclustert und diskutiert. Diese Phasen wurden darüber hinaus durch eine Audioaufnahme gesichert.

Datenauswertung

Die Auswertung des umfangreichen Materials erfolgte mithilfe angefertigter Transkripte sowie Bilddokumentationen. Die erhobenen Daten sowohl aus den Interviews als auch aus dem Werkstattgespräch wurden mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring in einem iterativen Prozess ausgewertet. Ziel dieser Methode ist die theorie- und regelgeleitete sowie systematische Analyse von Kommunikation und Inhalt betrachteter Gespräche, woraus sich induktive oder deduktive Auswertungskategorien ergeben, die als Interpretationsgrundlage dienen (Mayring 2022: 13). Entsprechend wurden zunächst simultan zur Sichtung des Interviewmaterials erste Kategorien gebildet. Das daraus entwickelte Kategoriensystem wurde anschließend in einem zweiten Analyseschritt angepasst und differenziert, bevor erste Thesen zu den Herausforderungen und Potenzialen demokratischer Bildung im ländlichen Raum aufgestellt und im Werkstattgespräch diskutiert wurden. Eine (erneute) Analyse des gesamten Datensatzes finalisierte das Kategoriensystem. Die Annahmen und Thesen, welche sich hieraus ergaben, wurden in einem weiteren Schritt mit den Ergebnissen anderer Arbeiten abgeglichen und zum Teil erweitert.

Wie in qualitativen Studien üblich, erhebt auch die vorliegende Studie keinen Anspruch auf Repräsentativität. Zudem sind die Herausforderungen im ländlichen Raum teilweise zwar groß, aber dennoch nicht überall gleich intensiv. Nichtsdestotrotz ermöglicht diese Studie einen aufschlussreichen Einblick in das Feld, der verschiedene Möglichkeiten für eine konstruktive Weiterarbeit eröffnet. Da wissenschaftliche Studien zur politischen Bildung im ländlichen Raum Sachsens bislang sehr überschaubar sind, wird einerseits auf ein explizites Kapitel zum Forschungsstand verzichtet. Stattdessen werden relevante Studien in der Diskussion der Ergebnisse herangezogen und auf diese entsprechend verwiesen. Andererseits werden zunächst verschiedene Spannungsfelder (Potenziale und Herausforderungen) beschrieben, innerhalb derer demokratische Bildung im ländlichen Raum agiert, bevor im Anschluss daran (Lösungs-)Strategien vorgestellt werden. Dieser unkonventionelle Ansatz ermöglicht es, die präsentierten Ergebnisse in einem breiteren Rahmen zu interpretieren und fördert die Verständlichkeit, Kohärenz und Lesefreundlichkeit der gesamten Studie. Ein zentrales Ergebnis der Studie besteht darin, dass auf den ländlichen Raum oft mit einer akademisch und städtisch geprägten Perspektive geblickt wird (siehe v.a. Kapitel 3.4.). Auch die JoDDiD ist durch eine solche Perspektive geprägt. Aus diesem Grund wurde sich bewusst dafür entschieden, die Bildner:innen möglichst viel im „O-Ton“ zu Wort kommen zu lassen und weitreichende Interpretationen zu vermeiden.

3. POLITISCHE BILDUNG IM LÄNDLICHEN RAUM - EIN SPANNUNGSFELD...

Der Kontext für demokratische Bildung im ländlichen Raum ist von einer hochspannenden Vielschichtigkeit geprägt. Dort entfalten sich nicht nur zahlreiche Potenziale, sondern auch Herausforderungen, die untrennbar mit diesen Chancen verknüpft sind. Vor diesem Hintergrund eröffnen sich mehrere komplexe Spannungsfelder, die den Rahmen für die politische Bildung im ländlichen Raum abstecken. Im Verlauf werden sechs dieser Spannungsfelder, die von politischen Bildner:innen vielfach beschrieben wurden, vorgestellt.

3.1 ... zwischen lebensweltlichen Zugängen und Skepsis der Zielgruppen, Beziehungsbarrieren sowie Konformitätszwang

Potenziale

- direkter Zugang zur Zielgruppe
- gemeinsam geteilte Lebenswelt
- stabile Interaktionsnetzwerke

Herausforderungen

- verengte Diskursräume
- Beziehungsbarrieren, Konformitätszwänge und soziale Kontrolle
- Argwohn, Ängste, Apathie und Ohnmachtsgefühle der ländlichen Bevölkerung

Als größtes Potenzial politischer Bildung im ländlichen Raum beschreiben die Bildner:innen den direkteren Kontakt zur Zielgruppe. Beziehungen ließen sich schnell aufbauen und aufrechterhalten. Dies sei vor allem auf enge Verbindungen und geringere Anonymität zurückzuführen (siehe auch VS_01, Abs. 30, abgebildet auf S. 23):

VS_01, Abs. 15: Und zum anderen hat es irgendwie etwas Familiäres, was schnell Beziehungen aufbauen kann oder wo man schnell Beziehungen pflegen kann, als in der Stadt, wo doch eher viel Anonymität herrscht.

VS_01, Abs. 16: Mich begeistern die ähnlichen Dinge im ländlichen Raum also einfach, dass man eben über Beziehungen sehr schnell an die Themen kommt, wo man gerne hin möchte und dass man, sag ich mal, das ist so ein bisschen der Vorteil, wenn man auch nie weg war, schon Beziehungen mitbringt.

Hintergrund der besonderen Beziehungsstruktur scheint der Umstand zu sein, dass ein begrenzter Raum und stabile Interaktionsnetzwerke eine gemeinsam geteilte Lebenswelt strukturieren (vgl. u.a. VS01, Abs. 7). In dieser gemeinsamen Lebenswelt liegt das Potenzial, Bedürfnisse in Beziehungen zu kommunizieren, zu erkennen und darauf zu reagieren. Bindungen und lebensweltliche Zugänge stellen eine wichtige Basis für erfolgreiche politische und demokratische Bildung dar (Hölzel/Jugel 2019: 262-264). Diese engen Bindungen ermöglichen den Bildner:innen immer wieder einen „Realitätscheck“ (VS_01, Abs. 47, abgebildet auf S. 24):

VS_01, Abs. 48: Es ist ehrlicher, [...] man kann sich nicht ausweichen [...]. Es wird auch schnell verbindlicher, weil man Nachbarn hat, die auch sagen so, wer bist du? Du bist jetzt hier, wer bist du jetzt? Aha, und komm doch mal her, hier ist der Schnaps.

Die geteilte Lebenswelt, dichte Interaktionsnetzwerke und enge Beziehungsgeflechte bringen jedoch auch Herausforderungen mit sich. So könne das enge Beziehungsgeflecht auch zur Schließung von Diskursräumen und damit zu erschwerten Zugängen für politische Bildungsarbeit führen (siehe auch VS_01, Abs. 7&39, abgebildet auf S. 23):

VS_01, Abs. 33: In der Stadt kann man sich verstecken, das kann man im ländlichen Raum nicht so gut, finde ich [...].

VS_01, Abs. 37: Anders als in der Stadt kann man sich nicht aus dem Weg gehen. [...] Also krieg ich von allen alles mit, also mehr mit als in der Stadt. Und was das Bild auch ausdrückt, ist so eine unglaublich langweilige Konformität und (...) wenn die Menschen anders sind als alle anderen, kriegt man das auf dem Land viel mehr mit und zwar personalisiert mit. Also nicht als eine Person, die da mal vorbei tanzt in der Stadt und ich nie wiedersehen werde, sondern personalisiert.

Der Umstand, dass „jeder jeden kennt“ (PM2) führe dazu, dass homogenere Einstellungsmuster und Resonanzräume ent- und bestehen, welche sich tendenziell nach außen abgrenzen würden und „Angst vor Veränderung; Angst vor Neuem, Angst vor politischer Bildung, Angst sich zu positionieren“ (PM2) begünstigen würden. Darüber hinaus wird der Bevölkerung teilweise eine „Trägheit“ (PM2; PM4), ein „fehlendes Verständnis für Partizipation“ (PM2), fehlende „Begeisterungsfähigkeit“ und „wenig Offenheit“ (PM3) sowie „Argwohn“ gegenüber „Neuem“ und „Andersein“ (PM4) attestiert. Die Bildner:innen zeigen hier eine gewisse Frustration mit ihrer eigenen Zielgruppe:

DH_01, Abs. 80: Ich möchte zwar irgendwie, dass was passiert, aber so richtig mitgestalten und mitmachen möchte ich nicht. Bitte trag mich doch dort hin. Aber bitte zu dem Angebot, was ich mir selber überlegt habe und das möchte. Also hm, also da sind so viele Fragezeichen in meinem Kopf.

Die Zielkonflikte der Bildner:innen mit einem Teil der Bevölkerung des ländlichen Raums führen zu diversen „Beziehungsbarrieren“ (VS_01, Abs. 20) sowie einem „bestimmten Konformitätszug“ (VS01, Abs. 44; PM4), den die Bildner:innen als ein Gefühl ihnen gegenüber formulieren. Gemeinschaften und die damit verbundene soziale Kontrolle spielen in ländlichen Regionen eine wichtige Rolle. Hier kann schnell Skepsis gegenüber Neuem gegenüber Abweichendem vom vermeintlichen gemeinschaftlichen Konsens entstehen. Als Erklärung für die Einstellungen und Mechanismen im ländlichen Raum werden Ohnmachtserfahrungen aufgeführt:

DH_02, Abs. 15: Also ist das jetzt nicht ganz so linear gedacht [...], sondern es gibt auch ein gegenseitiges Argwöhnen ja auch von Menschen, die von außen kommen. Und da sind ja auch Vorurteile am Start und bei der Ohnmacht haben wir auch dahinter gesehen als Thema, diese Entmündigung, dass sie vielleicht auch

nicht von ohne herkommt, sondern es einfach einen Entmündigungsprozess gibt. Ich meine, im ganzen politischen System gibt es eine Entmündigung, aber in den Ostteilen glaube ich noch mehr Entmündigung erlebt wurde und dann noch mal in den Dörfern und kleinen Gemeinden mit der Gemeinde-Gebietsreform. Dass da einfach noch mal ab den 90ern ein krasser Prozess passiert ist, wo eine politische Basis eigentlich von Mitgestaltung nicht durchgezogen wurde.

H_01, Abs. 72: Ich weiß nicht, zu DDR-Zeiten waren ja viele Menschen super engagiert, aber ich glaub aus so einem gezwungen, also gezwungen, gezwungenermaßen engagiert und vielleicht ist es auch diese (...) kein Bock mehr da drauf. Und ja, aber trotzdem irgendwie fehlt es an Begeisterung, habe ich manchmal das Gefühl.

DH_02, Abs. 7-8: Ich hatte gesagt, es gibt so eine Meckerkultur und daraus, das sind eigentlich zwei Dinge, die hier draufstehen. Argwohn, aber auch Ohnmacht.

Als Hintergrund für ein fehlendes Vertrauen und fehlende Offenheit werden zum einen Entmündigungserfahrungen (auch in der DDR), zum anderen fehlende Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten (auch nach 1990) herangezogen. Daraus entsteht eine „Meckerkultur“ (PM1), aber auch „Ohnmacht und Apathie“, durch welche viele Menschen das Gefühl hätten, sie „können nicht [mit]-entscheiden“ (PM4). Diese Erfahrungen sind offenbar auch der Hintergrund der „Angst vor politischer Bildung“ oder sich allgemein „zu positionieren“ (PM2), aber auch Befürchtungen vor „Bevormundung/Belehrung“ und „ideologischer Einflussnahme“ (PM4) werden angeführt. Auch wenn es sich wahrscheinlich um kein Phänomen handelt, das nur im ländlichen Raum vorzufinden ist, scheint es hier aufgrund geringerer Bevölkerungsdichte und weniger potentiell engagierter Menschen besonders aufzufallen. Angst, Ohnmacht und Argwohn mache es politischer Bildung schwer, „Menschen davon [zu] überzeugen etwas NEU zu denken“ (PM4), aber auch „als neue Akteurin den eigenen Raum [zu] finden“ und „alte negative Narrative“ gegenüber politischer Bildungsarbeit aufzubrechen (PM3):

B0109, Abs. 10: Und am Anfang war es wirklich so, dass ganz viele kritisch hier reingekommen sind und gesagt haben: Was macht ihr? Wer seid ihr denn? Einige auch tatsächlich ohne Worte und

einfach nur mit einer Handykamera und uns abfotografiert haben [...]. Das fand ich schon grenzwertig und nein, das fand ich grenzüberschreitend.

DH_01, Abs. 60: Dann auch die Wahrnehmung vom Träger oder unspezifisch auch oder was bei anderen eher ein negatives Narrativ, was sich über Jahre, Jahrzehnte hartnäckig hält.

DH_01, Abs. 93-94: Haben wir auch schon Stammisch zu gehen? Ja, wir haben es gemacht. Wir sind in unserer Kneipe an den Männerstammisch herantreten mit einer externen Idee. Das ist eine Erfahrung. Da muss man auch ein ganz schönes Standing haben.

Die besondere Beziehungsstruktur im ländlichen Raum ermöglicht also zum einen direkten Zugang zu den Zielgruppen im ländlichen Raum. Andererseits können diese Beziehungsstrukturen auch als herausfordernd wahrgenommen werden, vor allem, wenn diese konfliktbehaftet sind. Dies hat sowohl Auswirkungen bezüglich politischer Bildung, als auch für den politischen Raum insgesamt, wenn zum Beispiel „Ideen aufgrund von persönlichen Befindlichkeiten nicht umgesetzt werden“ (PM3), „Grabenkämpfe zwischen Nachbar:innen“ geführt werden oder „große Vorbehalte ggü. ‚Flausen‘ der Politik“ (PM4) bestünden. Beziehungen scheinen damit auch der zentrale Ausgangspunkt für mögliche Lösungsansätze zu sein:

VS_01, Abs. 52: Also mal wie, wie komme ich mit den Nachbarn ins Gespräch oder wie? Was sind das für Menschen? Und dass man es trotzdem aushält, dann so nah aneinander zu leben und sich irgendwie doch als Nachbarn begreift. Also dass das noch mal in dem, in dem anderen Licht zu sehen, was das bedeutet, wenn man sich wirklich so seine Wurzeln schlägt auf dem Land und nicht einfach umziehen kann, sondern dann auch dort wohnt und mit dem, was so drumherum ist, irgendwie klarkommen muss.

Um diese lebensweltlichen und bindungs- wie auch netzwerkbedingten Potenziale nutzen zu können, bedarf es also einer guten Einbindung der Bildner:innen in die regionalen Netzwerke und Lebenswelten. Neben den beschriebenen Zielkonflikten und Einstellungen besteht

eine weitere Herausforderung für diese Einbindung: Nicht selten pendeln die Bildner:innen aus Großstädten zu den Projekten in den ländlichen Raum (siehe auch VS_01 Abs. 3-4, abgebildet auf S. 23):

B0109, Abs. 10: Also das bedeutet natürlich, ich hatte einen Kollegen, der war in [Großstadt in Sachsen] und die ersten fünf Jahre ist er echt nach [Kleinstadt mit etwa 3400 Einwohnern] gezogen dafür, was schon/ das ist halt/ Ja, aber es ist halt tatsächlich/ um so viel hinzukriegen, um tatsächlich auch mitreden zu können, ist es wichtig, dass du halt wirklich auch ein Team hast/ Also unser Team besteht wirklich aus Leuten, die hier wohnen oder halt/ genau, die hier wohnen.

B0210, Abs. 46: Ich bin dafür extra hergezogen, wollte das eigentlich gar nicht so lange machen und bin dann tatsächlich hängen geblieben im Landkreis [von B0210], was glaube ich sehr untypisch ist.

Insgesamt meldeten elf von 20 befragten Bildner:innen zurück, dass sie selbst im ländlichen Raum arbeiten würden. Es pendelt fast die Hälfte der Befragten aus Großstädten in den ländlichen Raum, um dort demokratische Bildungsarbeit anzubieten.



Obgleich die Anwesenheit vor Ort und das Teilen der Lebenswelt eine wichtige Voraussetzung zum Aufbau von Beziehung und Zugang zu Lebenswelten zu sein scheint, ist dies keine Garantie für einen guten Zugang.

B0125, Abs. 217-221: Und das sage ich auch als jemand, der 20 Jahre auf dem Land gewohnt hat, dass es trotzdem schwierig ist, hier die Leute zu erreichen, wenn du quasi jeden Tag aus [B0125 Großstadt] her fährst. In [B0125 Großstadt] ist, jetzt mein Beispiel, ein Leben hast und das/ Und dann aber hier das versuchst, deine Arbeit darauf zuzuschneiden. Das ist sehr schwierig, so den Wechsel zu finden, finde ich. [...] Es sind alles [Großstädter:innen]. Außer [...] mein Chef ist, der ist der Einzige, der hier noch wohnt. [...] aber wir sind alle in [B0125 Großstadt]. Aber das geht vielen Projekten auf dem Land so, dass da alle immer rausfahren.

Möglicherweise besteht die Herausforderung von pendelnden Mitarbeiter:innen nicht nur in der erschwerten Einbindung und einem erschwerten Zugang zur regionalen Bevölkerung, sondern auch in einer kulturellen Hürde. In diesem Kontext zeigt sich, dass es einigen Projekten schwer zu fallen scheint, „Begegnungen mit Menschen, die tlw. sehr anders sind, als [ein] städtisch geprägter Akademiker“ (PM4) zu etablieren und dass es zum Teil an „Scharnierpersonen“ (PM4) fehlt, die einen guten Zugang sowie Verbindungen in die ländlichen Beziehungsnetzwerke haben und Vertrauen genießen.



Die besondere Beziehungsstruktur und der damit verbundene direkte Zugang zur Zielgruppe sind große Potenziale demokratischer Bildungsarbeit im ländlichen Raum. Räumliche Begrenzungen, geringe Anonymität und stabile Interaktionsnetzwerke konstruieren eine gemeinsam geteilte Lebenswelt, die den Aufbau von Beziehungen maßgeblich erleichtert.

Andererseits entstehen Beziehungsbarrieren, da das enge Beziehungsgeflecht zu homogeneren Einstellungsmustern und Resonanzräumen sowie verengten Diskursräumen und Konformitätszwang führt. Ohnmachtsgefühle, die Angst vor Veränderung sowie die mangelnde Offenheit innerhalb der ländlichen Bevölkerung speisen sich dabei insbesondere aus Entmündigungserfahrungen und fehlenden Mitgestaltungsmöglichkeiten. Zusätzlich erschwert das Pendeln von Bildner:innen aus Großstädten zu den Projekten im ländlichen Raum die Einbindung dieser in die regionalen Netzwerke und Lebenswelten.

Dennoch ist ebendiese regionale Einbindung ein entscheidender Erfolgsfaktor demokratischer Bildung im ländlichen Raum. Nicht nur die Bindung zur Bevölkerung scheint eine wichtige Rolle zu spielen, sondern auch das Verhältnis zu kommunalen Politiker:innen und der Verwaltung. Dieser Punkt wird daher folgend genauer betrachtet.

3.2. ...zwischen direktem Zugang zu Entscheidungsträger:innen und Behinderung durch kommunale Politik und Verwaltung

Potenziale

- gemeinsam geteilte Lebenswelt
- direkter Zugang zu Entscheidungsträger:innen

Herausforderungen

- Spannungsfeld zwischen Konservatismus und Progressivität
- erschwerte Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung
- Behinderung durch kommunale Politik und Verwaltung

Durch enge Beziehungsgeflechte auf einem begrenzten Raum bzw. bei einer geringen Bevölkerungsdichte besteht nicht nur ein direkterer Zugang zur Bevölkerung und Zielgruppe demokratischer Bildungsprojekte, sondern auch zu Entscheidungsträger:innen. Dies ermöglicht einerseits engere Kooperationen, aber auch das Potenzial, lebensweltliche Themen in Beteiligungsformaten unmittelbarer zu verhandeln (siehe auch VS_01, Abs. 24, abgebildet auf S. 23):

VS_01, Abs. 25: Also man ist schnell mit den entsprechenden Drahtzieher:innen im Kontakt und kann mit denen was anfangen.

VS_01, Abs. 13: Was mich am ländlichen Raum begeistert, ist [...], dass man über wenige Multiplikator:innen relativ viel erreichen kann. Wenn man die richtigen Leute kennt, mit den richtigen Leuten eine gute Ebene gefunden hat, öffnet es einem ganz, ganz viele Tore. Und das ist auch das, was anders als in der Stadt ist.

Genau wie im vorangestellten Kapitel zeigt sich, dass ein Potenzial, das auf Beziehung beruhend einen guten und schnellen Zugang ermöglicht, aber auch die Herausforderung bürgt, dass die Beziehung konfliktbehaftet und damit hemmend wirken kann:

VS_01 Abs. 14: Gleichzeitig kann das aber auch ein bisschen zum Nachteil werden [...]. Wenn man [es] sich mit den falschen wichtigen Leuten verscherzt, kann das ganz schnell ganz, ganz große Auswirkungen für die eigene Arbeit haben. Wenn man irgendwo einmal einen Fehler gemacht hat und sich das dann wie ein Waldbrand ausbreitet, dass dann plötzlich niemand mehr mit einem arbeiten will oder so.

Konfliktbehaftete Beziehungen scheinen für die Arbeit im ländlichen Raum besonders herausfordernd, da sich diese nicht nur auf einzelne Beziehungen begrenzen lassen, sondern diese sich „wie ein Waldbrand ausbreiten, [so]dass dann plötzlich niemand mehr mit einem arbeiten will“ (VS_01, Abs. 14). Die Wahrscheinlichkeit solcher konfliktbehafteten Beziehungen steigt offenbar durch unterschiedliche politische Perspektiven:

DH_01, Abs. 20: Vielleicht auch nochmal konservativ sozusagen erst mal auch Angst vor Veränderung. Also dass so Dinge sich eben ändern und durch die Mehrheitsgesellschaft von eher doch älteren Leuten, die sich vielleicht mit dem schon so wie es ist, sozusagen zufrieden geben, da eher sozusagen keine Veränderung, auch keine Veränderung im demokratischen Sinne.

DH_01, Abs. 17: Manchmal, stimmt schon, das konservative festgefahrene Strukturen. Genau an dem Punkt hat sich dann unsere Diskussion entbrannt, deshalb sind wir nicht weitergekommen. Also es ging um die Frage, ist es, ist ein Problem, sind konservative Strukturen immer ein Problem auch aus Sicht von Leuten im Dorf oder ist es eher ein Problem von Leuten, die von außen kommen und (unv.), dass sie progressive Projekte voranbringen wollen?

Die Bildner:innen nehmen ein Spannungsfeld zwischen Konservatismus und Progressivität wahr. Zum einen identifizieren sie „konservative festgefahrene Strukturen“ (DH_01, Abs. 20-21), andererseits stellen sie sich die Frage, ob diese Strukturen nicht nur ein Problem von Menschen sind, die von außen kommen und „progressive Projekte voranbringen wollen“ (DH_01, Abs. 17). Der folgende Austausch verdeutlicht dieses Spannungsfeld:

DH_01, Abs. 23-25:

B14: Ja, diese Vetterwirtschaft macht man, hat man schon immer gemacht.

B02: Okay, also der Stadtrat besteht seit 30 Jahren aus denselben Leuten. Ja, okay, mehr oder weniger. Zumindest die, die was zu sagen haben.

B14: Fand ich spannend an dem Punkt, wo ich angefangen habe mit der Diskussion. Ist es denn, ist es denn das, was die Leute, die dort wohnen, sich selber ausgesucht haben, wie sie leben wollen. Oder oder ist es tatsächlich ein (...) Etwas, wogegen man irgendwie machtlos ist?

Das Spannungsfeld der Projekte zu einer „konservativen Hegemonie“ (PM3) führe jedoch zu zahlreichen Herausforderungen, wie etwa zu „Konkurrenzdenken innerhalb [des] Ort[es]“ (PM3), „Neid auf Gelder und Förderungen“ und zu „Tabuthemen“ (PM2), was „Beteiligung strukturell nicht möglich“ mache. Eine weitere Folge sei ein „schlechtes Image des Trägers“, „negative Narrative, die sich halten über Jahre“ und die Wahrnehmung der Projekte als „Ruhestörung“ sowie „fehlende Anerkennung und Wertschätzung der Menschen und ihrer Arbeit“ (PM2; PM3).

So sehen sich einige Projekte rechts-konservativen Kräften in Stadträten der CDU und sogar rechtsextremen der AfD gegenüber, welche in der Kommunalpolitik eigene Interessen verfolgen würden (PM2). Den Projekten demokratischer Bildung falle es daher oft schwer „politische Entscheider [zu] begeistern“ (PM4) und politische „Problematiken, die im Vordergrund“ stünden, würden „Dahinterliegendes verdecken“ (PM4) (siehe dazu auch strukturelle Probleme im Kapitel 3.4).

Die Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung wird mancherorts als große Herausforderung beschrieben:

B0125, Abs. 332-333: Wir haben ein großes Problem mit unserem Oberbürgermeister, der sich auch damals/ Es brauchte eine Stellungnahme von der Kommune, bevor wir das Geld gekriegt haben, wo quasi das Ministerium gefragt hat: Hier, das ist geplant. Was sagt ihr dazu, dass so viel Geld zu euch fließt, dass hier Demokratiearbeit gemacht wird? [...] Da kam halt zurück: Aber den Leuten würde ich jetzt kein Geld geben. Platt gesagt. So ist so das Verhältnis, was wir zu unserem Oberbürgermeister haben, ist einfach scheiße und der diskreditiert uns regelmäßig. Der macht uns überall, wo es geht, runter, wenn er kann. Und der findet einfach alles schlimm, was passiert.

B0206, Abs. 178-180: Wir haben einen Präventionsrat, der darf nicht mit uns reden, weil diese beiden, also der Sozialbürgermeister und der Oberbürgermeister, der Meinung sind: Wir sind linksextrem.

B0220, Abs. 226-228: Na, weil wir sind ja so unbequem. Außerdem sind wir links und linksextrem und deswegen kann man mit uns auch nicht arbeiten. Und das war früher an den Schulen hier sehr stark. [...] Genauso ist es ja hier in der Stadtverwaltung. Damals unter, vor über 14 Jahren, unter dem Oberbürgermeister ging ja gar nichts hier in der Stadt, wirklich nichts. Also der hat so viel Stimmung gemacht gegen die Arbeit, die [Träger von B0220] gemacht hat, dass das [Träger von B0220] NICHTS machen konnte hier in der Stadt. Außer hier im Haus diese Veranstaltungen, mehr nicht.

Diese Zitate zeigen, dass es immer wieder zu Problemen mit kommunaler Politik kommt und dass diese Probleme direkte Folgen auf die Arbeit der Bildner:innen vor Ort haben, da unter anderem Fördergeldanträge erschwert oder verzögert bzw. Kooperationen verhindert werden. Und auch der Zugang zu bestimmten Räumen, Institutionen und Zielgruppen wird von kommunalen Entscheidungsträger:innen verwehrt, wie vielfach beschrieben wurde. Ebenso wird von Problemen mit der Verwaltung berichtet:

B0220, Abs. 204: Also wenn ich jetzt hier an Verwaltung oder so denke, dass es unheimlich schwer ist, wenn Entscheidungen getroffen werden müssen, Termine gefunden werden müssen und es geht und geht nicht vorwärts.

B0125, Abs. 349: Nein. Ich habe das früher erlebt als ich [...] Teil einer Institution war, die „anerkannter Träger der Jugendhilfe“ heißt, dass der (unv.) beim Jugendamt und wir das quasi sehr schwer bekommen haben diesen Titel, obwohl wir alles eigentlich erfüllt haben, aber es da dann am Ende um Haltung ging, warum wir das nicht bekommen haben. Weil wieder diese Ideen von Gesellschaft aufeinander geprallt sind. Wir haben andere Ideen und das Jugendamt hat aber

eine andere Vorstellung. Ich würde sagen, eine konservative Idee, die das/ und wir haben nicht ins Bild gepasst.

B0206, Abs. 332-352: Das ist wirklich die krasseste Herausforderung. Wo wir auch jetzt gerade einen, nicht offenen Brief, einen direkten Brief an den OB noch mal schreiben. Warum, weil wir haben jetzt von drei Direktorinnen gehört, sie sollen nicht mit uns arbeiten. Das kommt direkt aus dem Fachgebiet Soziales, Schulen, Sport. Warum so eine Meinung? Das kann nicht sein. Das ist Verleumdung. Und wo wir uns doch jetzt mal treffen, dass man einfach mal sagt: Da müssen wir drüber reden, das geht so nicht. Das sind so Herausforderungen. Immer wieder anfangen müssen. Durch Verleumdung irgendwohin in eine Ecke gestellt zu werden und da wieder rauskrabbeln und uns sagen: Nein. Oder gerade rücken müssen. Das raubt Zeit und Kraft. Und das Ignorieren ist auch schwierig. Einfach sagen: Ignorieren wir, werfen wir weg. Aber wenn es so an Substanzen geht, ist es schwierig.

Besonders bedenklich ist die beschriebene Einflussnahme auf andere Einrichtungen wie Schulen, die von Oberbürgermeister:innen dazu gedrängt werden, keine Kooperation mit Projekten der Demokratiebildung einzugehen.

Daneben wurde auch mehrfach von Strategien berichtet, durch kommunale Stellungnahmen eine Förderung zu verhindern. Hier wurden entweder negative oder gar keine Stellungnahmen verfasst, die aus Sicht der Projektmitarbeiter:innen nicht durch Qualitätsdefizite, sondern durch das Ziel der politischen Verhinderung motiviert waren (siehe dazu auch B0206, Abs. 183-192, abgebildet auf S. 35).



Während die enge Beziehungsstruktur im ländlichen Raum den Projekten der Demokratiebildung eigentlich einen direkten Zugang zu Entscheidungsträger:innen ermöglichen sollte, ist diese Beziehung allerdings in vielen Fällen konfliktbehaftet und von großem Misstrauen geprägt.

Konflikte entstehen in erster Linie durch unterschiedliche politische Perspektiven im Spannungsfeld zwischen Konservatismus und Progressivität. Folglich erschweren aktive Behinderungen durch Kommunalpolitiker:innen und die Verwaltung die demokratische Bildungsarbeit im ländlichen Raum. Aber nicht nur kommunale Politik und Verwaltung behindern politische Jugendarbeit, sondern auch Störungen, Angriffe und Delegitimationsversuche durch rechtsextremistische Strukturen.

3.3. ...zwischen Bereitschaft zur Solidarität und rechten Strukturen sowie Angriffen auf demokratische Bildungsarbeit

Potenziale

- Bereitschaft zur Solidarität, Hilfe und Daseinsfürsorge

Herausforderungen

- rechtsradikale Strukturen
- Behinderungen und Angriffe auf politische Bildungsprojekte

In kleineren Gemeinschaften, wie sie oft im ländlichen Raum vorzufinden sind, besteht offenbar eher eine Bereitschaft zur Solidarität, Hilfe und Daseinsfürsorge:

VS_01, Abs. 18: Im ländlichen Raum oder was ich schon immer so mitbekomme, dass dadurch, dass Menschen viel abhängiger voneinander sind, vielleicht auch mehr so praktische Solidarität stattfinden kann. Also so Potenziale dafür gibt.

VS_01, Abs. 27-28: Und ich sehe in Dörfern eher so. (...) Ganz viel Potenzial für so egalitär sein, also irgendwie Kooperation, Fürsorge, gemeinsame Unterstützung also und mehr Selbstbestimmung. [...] Also in einer gewissen Art und Weise ist es genau/ und ich sehe das, also irgendwie gibt es da eine andere Logik, die ich auch merke und im Dorf. Also man muss miteinander klarkommen und es bleibt die persönliche Ebene und es ist total normal sich zu fragen nach Hilfe und diese Daseinsvorsorge, also sich versorgen auf dem Dorf. Ähm. Begeistert mich auch.

Basis für die gegenseitige Unterstützung sei die stärkere gegenseitige Abhängigkeit und die Identifikation gemeinsamer Interessen (VS_01 Abs. 12). Die Identifikation mit einer vermeintlich homogenen Gruppe ist jedoch auch verbunden mit der Abgrenzung von anderen. In einigen Fällen sprechen die Bildner:innen von „konservativen xenophoben Einstellungen“ (PM1) und „Ich würde rechtsradikal vielleicht sogar sagen“ (DH_02, Abs. 39):

DH_01, Abs. 26: Also die Leute, die bei anderen Vereinen aktiv sind, kommen zum größten Teil aus Stadt 02, sind da groß geworden und für die sind diese konservativen Strukturen ein massives Problem.

Während konservative Strukturen Teil des demokratischen Spektrums sind und es im Umgang möglicherweise eine höhere gegenseitige Toleranz auf allen Seiten bedarf, beklagen die Bildner:innen jedoch zunehmend Anfeindungen aus verschwörungstheoretischen und rechtsradikalen Strukturen:

VS_01, Abs. 37: Und das ist auch Herausforderung, finde ich. [...] Und wenn ich jetzt sag die letzte Herausforderung war ein Gespräch im Rahmen der Ausstellung, die wir da haben, [...]

wo es um Corona-Aufarbeitung in künstlerischer Art und Weise geht, wo wirklich ein sehr aggressives Klima geherrscht hat. So wie ich es wahrgenommen habe von den Coronamaßnahmen-Gegner:innen war anders als das erste Gespräch, was es im Rahmen der Ausstellung gab und wie wir damit umgehen. Das ist eine ständige Herausforderung.

VS_01, Abs. 19: Das ist ein Elefant im Raum und alle wissen so ein bisschen, was irgendwie das Thema ist, aber niemand spricht darüber. Und ich würde sagen, dass das bei uns in [Ort B05] auf jeden Fall schon ein Ding ist. Also so die rechten Strukturen, die eigentlich allen bekannt sind, aber Leute nicht darüber sprechen wollen oder viele Menschen, weil sie, weil so ein bisschen das Narrativ herrscht, dass das dem Image der Stadt schaden würde. Und das, genau, statt einfach anzuerkennen, dass das ein Problem ist, was den Menschen schadet.

Dabei geht es nicht nur um Einstellungen, sondern letztlich um gefestigte „Nazistrukturen“ (PM4), über die selten gesprochen wird, weil Angst vor einem Imageverlust bestehe.

In extremen Fällen berichten Bildner:innen auch von rechtsradikalen Strukturen, die ihre Arbeit behindern oder gar anfeinden:

B0120, Abs. 80: Und ansonsten sind die aber natürlich in ihrer täglichen Arbeit, je nach Region, aber eigentlich insbesondere im ländlichen Raum ist die Arbeit schon/ steht die schon sehr unter Beschuss. Also wenn man sich klar positioniert in seinem Feld, ist das nicht so einfach.

B0125, Abs. 383: Diskreditierung öffentlich von Leuten, die eine andere Idee haben, wie es funktionieren soll, also namentlich unser Oberbürgermeister und die AfD-Fraktion im Stadtrat, der AfD-Kreisverband.

Dabei geht es aber nicht nur um Anfeindungen, sondern auch um Angriffe, Sachbeschädigung und Bedrohung von Bildner:innen.

B0203P, Abs. 272-290: Also klar, die Scheiben werden schon beklebt. Herausforderung/ Also die gesamte politische Lage ist eine Herausforderung im Ganzen. Also/[...] Mit Nazi-Aufklebern. [...] Das war jetzt am neuen Büro einmal und vorher im alten Büro wurden uns zwei Mal die Scheiben eingeschmissen. Genau.

B0203, Abs. 285-290: In der Vergangenheit gab es das schon, dass zwei Kollegen das Auto jeweils angezündet wurde.

Andere Bildner:innen berichten davon, dass Vereine und Initiativen von rechtsextremen Strukturen unterwandert und von innen heraus zerstört wurden. Hierbei wurden vermeintliche Bildner:innen mithilfe gefälschter Referenzen im Lebenslauf in Projekte aufgenommen und haben diese dann von innen sabotiert. Nachdem das Projekt handlungsunfähig war, wurde versucht, in ein weiteres Bildungsprojekt zu wechseln. In einem konkret beschriebenen Fall hat sich im Anschluss herausgestellt, dass diese Person im Kontext der Reichsbürger:innen aktiv ist:

B0206, Abs. 196-214: [...] Hier gab es gute Vereine, es gab [Verein 1] und [Verein 2]. Die sind unterwandert worden. Da sind einfach Leute von außen eingesetzt worden. Keiner kannte den Mensch vorher.[...] Unterwandert und den Verein tot gemacht. Seine Sachen draufgedrückt und den ganzen Verein wirklich totgefahren. Die Leute nicht mehr mitgenommen, Entscheidungen einfach getroffen, so dass einer nach dem anderen den Verein/ richtig platt gemacht hat. [...] Der hat schon in [Name einer sächsischen Stadt] einen platt gemacht, er hat hier einen platt gemacht und jetzt ist er bei euch. Inzwischen ist er Chefeinkäufer bei [bekanntem Reichsbürger] und taucht dort auf und kauft die Immobilien.

Die Situation ist alarmierend. Die Angriffe, Bedrohungen und Versuche der Delegitimation von politischen Bildungsprojekten scheinen auch direkte Konsequenzen auf die Arbeit dieser zu haben und gehen nicht spurlos an den Aktiven des Feldes vorbei. Aufgrund von persönlichen Erfahrungen oder auch Berichten von anderen Akteur:innen ergeben sich verschiedene Auswirkungen. Diese reichen von gegenseitiger Bestärkung und dem Austausch von Durchhalte-Erzählungen bis hin zu einer

Veränderung der Angebote und Themen, die weniger konfrontativ ausgerichtet würden (Jugel/Lewerenz 2022: 8f.). Zu den direkten Folgen und Konsequenzen der Angriffe und Anfeindungen auf die Aktiven im Feld existieren nachgelagerte Herausforderungen. So geben die Befragten immer wieder an, dass es aufgrund der aktuellen Situation schwierig ist, qualifiziertes Personal einzustellen, um die Handlungsfähigkeit der Initiativen zu gewährleisten:

B0120, Abs. 80-84: Also wenn man sich klar positioniert in seinem Feld, ist das nicht so einfach. Und das führt eben auch dazu, das ist wahrscheinlich auch in Ihrer Umfrage zurückgemeldet worden, dass sich Menschen zurückziehen, dass es schwer ist, ordentliches Fachpersonal in gewisse Regionen überhaupt zu bekommen. [...] Wir haben beispielsweise versucht, in [Ort B0120] ein Büro aufzubauen. Das war fast nicht möglich. Wir haben jetzt einen Standort der Opfer- und Betroffenenberatung in [Ort B0120], aber für die mobile Beratung war es nicht möglich, dort ein Büro zu eröffnen.



Die aufgeführten Beispiele zeigen, dass die Dynamik in kleineren Gemeinschaften im ländlichen Raum ambivalent ist. Während sie einerseits von einer starken Solidarität und gegenseitigen Unterstützung geprägt ist, entstehen gleichzeitig Herausforderungen durch konservative, xenophobe und rechtsradikale Strukturen. Die demokratischen Bildner:innen im ländlichen Raum erfahren nicht nur verbale und physische Anfeindungen, sondern auch Sabotage ihrer Projekte. Diese Angriffe haben direkte Auswirkungen auf die Bildungsarbeit und erschweren u.a. die Rekrutierung von qualifiziertem Personal. Die Problematik und ihre Folgen sind nicht nur erschreckend, sondern erhalten insgesamt zu wenig Aufmerksamkeit. Auch hier ist eine ausführliche Auseinandersetzung nur bedingt möglich. Vertieft wird die Thematik jedoch in dem Artikel „Dafür reicht der Platz hier nicht aus“ – Angriffe, Herausforderungen und Bedürfnisse der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen“ (Jugel/Strehlow 2024) diskutiert.

3.4. ...zwischen idyllischer Natur, strukturellen Problemen und städtisch verengten Anforderungen an demokratische Bildungsarbeit

Potenziale

- ländlicher Raum als Ort der Ruhe, des Rückzugs und der Natur

Herausforderungen

- strukturelle Herausforderungen (schlechter ÖPNV, überalterte Bevölkerung, etc.)
- fehlende Attraktivität und Beteiligung
- städtisch geprägte Anforderungen an Projekte

Der ländliche Raum wird von den Bildner:innen als Ort der Ruhe, des Rückzugs mit idyllischer Natur als etwas Wertvolles beschrieben, an dem es im Gegensatz zur Stadt langsamer und persönlicher zugeht (siehe auch DH_01, Abs. 21, abgebildet auf S. 23):

VS_01, Abs. 21: Und im ländlichen Raum begeistert mich (...) das, dass es dort wenig Ablenkungen gibt.

VS_01, Abs. 20: Ähm, und in [Ort B06] würde ich schon auch sagen, es ist die ein bisschen langsamere, also langsamere Leben. Also wenn man Leute auf der Straße anspricht, ist es schon auch möglich ins Gespräch zu kommen, was ich finde / In der Stadt rasen alle aneinander vorbei und so.

VS_01, Abs. 47: Idyllisch. Stille. Natur. Hier bin ich Mensch, hier darf ich sein.

Im Kontrast zur harmonischen Natur und entspannten Lebensweise wird eine Frustration der Menschen im ländlichen Raum wahrgenommen. Die Ursache der Frustration sehen die Bildner:innen in strukturellen Problemen, wie etwa in einem „begrenzten Gestaltungsraum“ in einer räumlich weitläufigen Gemeinde mit „29 Ortsteilen“, einem einzigen „Konzern“, „Seilschaften“ und „Abhängigkeiten“, „struktureller Benachteiligung“ und „kaum reeller Beteiligung im Strukturwandel“ (PM1):

VS_01, Abs. 20: Anders als in der Stadt ist aber eben auch (...) manchmal weniger Lebensfreude oder manchmal weniger Perspektive, einfach und Kreativität, die da so sprudelt oder wo man sich irgendwie anschließen kann.

DH_01, Abs. 86: das Thema Frustration, Enttäuschung. Lebensleistung wird nicht anerkannt. Der Staat [...] schuldet jetzt mir was und nicht mehr ich dem Staat.

Hintergrund der Frustration sei die Wahrnehmung vieler Menschen im ländlichen Raum, dass ihre Lebensleistung nicht anerkannt würde, auch eine gefühlte Bevormundung von außen und fehlende Beteiligung:

DH_01, Abs. 40-41: Und dann haben wir noch dieses Misstrauen, also diese Bevormundung von oben und von außen. Also dieses Wir erklären euch jetzt mal, wie die Welt funktioniert. So. Also wir haben es auch diskutiert mit politischen Entscheidungen, die gefällt werden und die im ländlichen Raum ganz starke Ausprägungen haben. Auch wenn sich die ländliche Bevölkerung vielleicht nicht beteiligt fühlt, weil Politik wird woanders gemacht.

DH_02, Abs. 20-25:

B03: Ich habe zum Beispiel bei diesen strukturellen Bedingungen, die da sind, stell ich mir die Frage: Ist es denn gewollt, dass Menschen sich beteiligen und Veränderungsprozesse voranbringen? Nee, also da müsste auf anderen Ebenen was passieren, damit das tatsächlich möglich ist. (...)

B02: Also wenn ich mir auch anschau, wie die Bürger:innenbeteiligung bei uns in der Stadt aussieht. Da wird nicht öffentlich zu groß geladen, da wird keine richtige Werbung gemacht. Natürlich sitzen dann da nur fünf Leute, weil man muss es halt irgendwie machen, aber das ist dann ein Feigenblatt. Natürlich ist es dann auch wieder abhängig davon, wo du bist.

Die wenigen bestehenden Beteiligungsverfahren werden eher „als Pseudo-Beteiligung“ (PM3) empfunden. Neben der Frustration und dem Gefühl, nicht gefragt und beteiligt zu sein, bestehen diverse strukturelle Herausforderungen. Dazu gehört einerseits die Abhängigkeit von Autos und die erschwerte Mobilität durch schlecht ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr:

DH_01, Abs. 38: Das ist die mobile Mobilität als ein Teil davon, also öffentlicher Personennahverkehr ist schlecht in, zumindest in unserem ländlichen Raum. Also das ist auf jeden Fall, finde ich, eine große Herausforderung.

Eine gute „Infrastruktur fehlt oft“ (PM2). Dadurch wird sowohl das In-Kontakt-Treten mit anderen Bürger:innen erschwert als auch besonders die Teilnahme an Bildungs- und Freizeitangeboten für viele Orte und Menschen zu einer Herausforderung.

Der „Wegzug von jungen Menschen in große Städte“ oder von „gut ausgebildeten Menschen“ scheint auch eine Folge der fehlenden Attraktivität, aber auch eines „sehr begrenzte[n] Gestaltungsraum[s]“ (PM1) für junge Menschen zu sein (PM2). Dadurch entstehen demografische Verwerfungen, wodurch die „Altersstruktur“ (PM2) von Überalterung der Bevölkerung geprägt ist:

DH_01, Abs. 6: Genau, Landflucht haben wir festgestellt, ist halt bei allen das Ding. [...] Wenn ich aus meinem Büro in der Innenstadt raus gucke, sehe ich Kinder und Schülerinnen und Jugendliche bis 18, 19 Jahren und dann vereinzelt mal Leute 35 plus, die dann mit Familie zurückgezogen sind. Und vor allem sehe ich halt einfach Rentnerinnen durch die Straßen laufen. Das ist einfach die Altersstruktur. Heute Morgen kam der neue Demografieatlas für Sachsen und bis auf einzelne Gemeinden rund um Großstadt 01 wird die Bevölkerung auch überall weiter sinken und damit überall auch weiter veralten.

Während in den sächsischen Großstädten Leipzig und Dresden auf 100 Erwerbstätige 31 bzw. 37 Ruheständler:innen kommen, liegt die Zahl der Rentner:innen pro 100 Erwerbstätige im ländlichen Raum in der Regel über 50, im Erzgebirgskreis sogar über 60 (Regionalatlas Deutschland 2022). Dies scheint auch Hintergrund zu sein, dass die wenigen Menschen im erwerbstätigen Alter im ländlichen Raum überproportional stark eingebunden sind und wenig Ressourcen für Engagement oder politische Bildungsangebote haben (siehe auch DH_01, Abs. 43, abgebildet auf S. 17):

DH_01, Abs. 36: Tatsächlich, weil das bindet nämlich also auf dem Land hat man Häuser oder Höfe oder. Also oft. Größere Gebiete, die man beackern muss und wo wahnsinnig viel Ressourcen reinsteckt werden müssen. Genauso ist man aber auch in Vereinen, Sportvereinen oder solchen Vereinen schon tätig und hat logistisch wahnsinnig viel zu tun mit Hin- und Herfahren von Kindern, von Arbeit, das ganz viele Zeitressourcen und Ressourcen insgesamt gebunden sind, vielleicht stärker als in der Stadt.

DH_02, Abs. 3: Mehrfachbelastung von bereits Engagierten, die schon eingebunden sind oder dass immer die Gleichen kommen, die sich auch beteiligen. Und dann tatsächlich, es gibt keine breite Verteilung auf vielen Schultern. Das machen einige wenige und die sind irgendwann auch ausgebrannt, was auch diese strukturellen, dieses Strukturelle mit reinspielen, dass es vielen gar nicht möglich ist, sich einzubringen, auch wenn sie es gerne wollten. Weil der Alltag vollgepackt ist, weil viele Aufgaben, also weil die Menschen viele Aufgaben zu erledigen haben über Pflege, Kinderbetreuung, Alleinerziehende, Mehrfachjobs, am Ende Schichtdienst.

Die Bildner:innen berichten immer wieder von der „Mehrfachbelastung bereits Engagierter“ und dass auch die primäre Zielgruppe durch „Lohnarbeit, Familie, Pflege, Krankheit“ „sehr eingebunden“ sei (PM1). Dies erhöht die individuellen Opportunitätskosten einer Teilnahme an den demokratischen Bildungs- und Beteiligungsangeboten und führt oft zu eben jener nicht.

Auf diese Belastungen, Frustration, das Gefühl des nichtgehört-Werdens, die starke Einbindung der Bevölkerung, lange Fahrtzeiten und wenige Ressourcen treffen nun städtisch geprägte Anforderungen an politische Bildung (siehe auch VS_01, Abs. 47-48, abgebildet auf S. 24):

VS_01, Abs. 52-53: Anders in der Stadt [...] ist, dass viele Konzepte, die so gestrickt werden, wunderbar in der Stadt funktionieren und auf dem Land nicht aus verschiedenen Gründen, die ja auch schon genannt wurden. Und das ist eigentlich auch die Herausforderung durch sie. Als ich so in den letzten Wochen begriffen habe, dass es wahrscheinlich da was anderes oder was eigenes braucht und man da nochmal anders rangehen muss, umdenken.

DH_01, Abs. 52: Also es ist schwierig spezifisch zu arbeiten, also typische Zielgruppenarbeit zu machen, also schwieriger als in der Stadt, weil da gibt es einfach mehr Menschen und da kannst du eine Zielgruppe ansprechen, die muss viel breiter aufgestellt sein.



Laut den Bildner:innen seien die „Bedarfe anders als in der Stadt“ und es bestehe ein Unterschied zwischen der „Idee ‚Land‘ vs. Realität auf dem ‚Land‘“ (PM2). Dies habe auch Auswirkungen auf die Vorstellung, wie die Wirksamkeit der Arbeit der Projekte demokratischer Bildung auf dem Land nachgewiesen werden müsse (siehe dazu ausführlich in Kapitel 3.5).

DH_02, Abs. 61: [...] dass da eine Diskrepanz auch zwischen dem ist, was das Ministerium am Anfang uns erzählt hat und wie es dann jetzt am Ende in einem Sachbericht für die SAB stehen muss. Also ich glaube schon, dass es da etwas ist, aus dem Ministerium, gerade aus dem Referat, das für uns zuständig ist. Das sind Leute, die aus der Berufspraxis genau aus diesem Bereich kommen. Die da aber halt auch auf Hürden und Barrikaden in den Ministerien stoßen, die seit 30 Jahren CDU geführt sind und das da ja glaub ich auch krasse Auseinandersetzungen gibt rund um unser Förderprogramm allein schon.

Während der ländliche Raum zwar als Ort der Ruhe, des Rückzuges und idyllischer Natur beschrieben wird, erschweren insbesondere strukturelle Bedingungen (schlechter ÖPNV, überalterte Bevölkerung etc.) und die mangelnde Beteiligungsbereitschaft die demokratische Bildungsarbeit vor Ort.

Letztere resultiert vor allem aus fehlenden Ressourcen und der Frustration der ländlichen Bevölkerung über mangelnde Gestaltungsräume, strukturelle Benachteiligung sowie fehlende Anerkennung ihrer Lebensleistung.

Zugleich stehen diesen ländlichen Gegebenheiten und Realitäten städtisch geprägte Anforderungen an politische Bildung gegenüber. Insbesondere bei der Finanzierung politischer Bildungsprojekte wird diese herausfordernde Diskrepanz deutlich, welche im Folgenden beleuchtet wird.



Stimmen aus der Praxis

DH_01, Abs. 43: Wir merken es im Bezug auf Zielgruppen, die schwer wegzuholen sind von den Orten, wo ihre Ressourcen gebunden werden. Wir merken es auch in unseren eigenen Aktiven, in unserem Verein, die das gleiche Problem haben. Also dieses Ressourcenthema, das ist wirklich so umfassend, weil das betrifft ganz, ganz viele Aspekte. Also auch bei uns als Aktiven, die immer die gleichen Aktiven sind, auf deren Schultern dann ganz viel lastet.

Strukturelle und demografische Herausforderungen führen zu einer starken Eingebundenheit vieler Menschen

3.5. ...zwischen Mittelvielfalt und fehlender Nachhaltigkeit in der Förderung

Potenziale

- vielfältige und umfangreiche Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten

Herausforderungen

- bürokratische Überforderung der Projekte
- fehlende Nachhaltigkeit bei der Förderlogik für ländlichen Raum
- finanzielle Unsicherheiten und prekäre Arbeitsbedingungen
- fehlende Gesamtstrategie zur Förderung von demokratischer Bildung in Sachsen

Das Land Sachsen hat zahlreiche Förderprogramme, die Bürger:innenbeteiligung, Gemeinwesenarbeit, Demokratieförderung und politische Bildung finanzieren. Programme wie „Orte der Demokratie“, „Weltoffenes Sachsen“, „Integrative Maßnahmen“ oder „Soziale Orte“ sind nur einige unter vielen Programmen. Dazu kommen noch Förderprogramme des Bundes, wie etwa „Demokratie leben“ oder Stiftungsförderungen. Politische Bildung wird auch durch kommunale Jugendarbeit oder Erwachsenenbildung wie etwa durch Volkshochschulen, die u.a. durch Kommunen und das Land finanziert werden, angeboten. Insgesamt stehen umfangreiche und vielfältige Mittel für politische und demokratische Bildungsarbeit zur Verfügung und in den Worten einer befragten Person sogar so viel Geld wie nie zuvor (B0120, Abs. 80). Herausfordernd scheint dabei aber die Passung zwischen den Bedarfen vor Ort und der Ausrichtung der Programme zu sein (siehe auch B0206, Abs. 184-192; B0125, Abs. 387-399; B0209, Abs. 304-308, abgebildet auf S. 35):

B0109, Abs. 92-118: Also weil gerade dieses Weltoffene Sachsen, was ja vom SMS mit ist und die jetzt halt gesagt haben: Okay, alles was zum Thema Bürgerbeteiligung ist, das nehmen wir jetzt mal raus und tun das in eine neue Förderrichtlinie, SMJusDeg zum Thema Bürgerbeteiligung. Die mir dann wiederum schreiben: Wir mussten jetzt ein bisschen was rausnehmen, weil ein Teil ist ja schon auch Gemeinwesenarbeit. Wo ich sage: Wisst ihr eigentlich/ habt ihr für euch eine Grenze gezogen, was Bürgerbeteiligung, was Gemeinwesenarbeit ist.[...] Gemeinwesenarbeit und Bürger/ und daraus die Bürgerbeteiligung raus zu trennen und da abzugrenzen, das macht es für jeden Antragstellenden unmöglich, im ländlichen Raum wirklich aktiv zu sein. [...] Und dann noch die Aussage: [...] Wenn die Ablehnung von der Bürgerbeteiligung kommt, vom SMJusDeg, dann darf man aber tatsächlich beim Weltoffenen Sachsen diesen Themeninhalt nochmal mit beantragen. Wo ich sage: Ist doch unsäglich. Das ist doch so eine Förderprogrammpolitik, wo ich sage: Das geht doch nicht.

Für einige Bildner:innen scheint die Vielzahl der Förderprogramme und deren unterschiedliche Ziele nur schwer vereinbar mit den Anforderungen politischer Bildung im ländlichen Raum. Kritisiert wird, dass sich verschiedene Programmziele in der praktischen Arbeit überschneiden und am Ende eine Verantwortungsdiffusion zu beobachten sei, weil die Programme jeweils auf andere verweisen. Die Bildner:innen kritisieren eine fehlende Gesamtstrategie zur Förderung von demokratischer Bildung in Sachsen (B0109, Abs. 118), was nicht nur Frust zu erzeugen scheint, sondern auch zeitlich wertvolle Ressourcen bindet. Insgesamt wird der bürokratische Aufwand zur Absicherung der Finanzierung durch das Feld kritisch kommentiert:

VS_01, Abs. 49: Und meine größte letzte Herausforderung war unser Sachbericht (lachen) und all die Dinge, die mit Demokratie, mit Bürokratie zu tun haben und vor allem mit also wo diese Begeisterung, das Beginnen und in Beziehung gehen, was, was mir leicht fällt. Aber dieses Ganze, der ganze Apparat, der damit verbunden ist, wo dann meist die Energie auch einfach nicht mehr übrig ist, das finde ich eine extrem große Herausforderung.

B0109, Abs. 54: Unsere Arbeit zu rechtfertigen. Sei es jetzt in den Antragstellungen oder in Sachberichten, wo ich permanent damit beschäftigt bin zu erklären - schriftlich - mich auch noch so klug auszudrücken, dass das alles Sinn macht und vielleicht die richtigen Worte auch dafür zu finden und zu sagen: Deswegen machen wir das. Und das macht einen Großteil tatsächlich meiner Arbeit mit aus.

B0209, Abs. 304-308: Man muss halt immer ein Konzept vorlegen, wo man sagt: Wir haben die und die Zielgruppe, das und das Bildungsziel,

wir machen das und das Angebot in dem und dem Format und da kommt der und der Referent möglichst noch zum Einsatz. Also es muss unheimlich konkret sein schon, ohne dass man weiß, ob man die Fördermittel kriegt. Also man muss sich sozusagen so dermaßen festlegen, sehr ausführlich, und kriegt dann vielleicht 5.000€ oder so. [...] Also das ist (.) total aufwändig. Mal abgesehen von der Abrechnung, die dann hinterher noch kommt und die Dokumentation, die zwischendurch noch kommt. Also das hält uns alles ab von unserer eigentlichen Bildungsarbeit, die wir machen wollen.

Vor allem die „Antragsbearbeitung“, das „Generieren von Mitteln“ und Sachberichte scheinen „bürokratische Hürden“ (PM4) zu erzeugen. Der Bedarf an Verwaltung, der durch die Finanzierung vieler Projekte über Fördermittel entsteht, bindet umfangreiche zeitliche und personelle Ressourcen der Projekte. Dazu kommt, dass die Vergabe von Mitteln für einige Bildner:innen schwer nachvollziehbar erscheint:

B0206, Abs. 245-250: Beim letzten Mal jetzt haben wir denselben Antrag wie [andere Stadt], also wie [anderes Projekt] geschrieben, und das war schon so der Lacher, als es dann kam: Ihr seid wieder abgelehnt, wir sind genehmigt. Wo ich sage: Ehrlich gesagt kann ich da nicht mehr drüber lachen. Also ich habe den Antrag wirklich nur genommen, umgeschrieben auf [eigenen Landkreis übertragen]. Das war auch der Deal, um das auszuprobieren, an was es hier hängt. [...] Widerspruch eingelegt und bisher aber nichts gehört. Die kommen ja die SAB [Sächsische Aufbaubank] auch gar nicht hinterher. Da gibt es ja momentan sowieso ein Riesenbrabbel über ALLE Projekte und die Finanzierung.

B0109, Abs. 58: Ich finde unsere Ansätze, wie wir hier rangegangen sind seit sieben Jahren finde ich einfach total gelingend. Ich sage, das macht Sinn Freunde, so arbeitet man im ländlichen Raum. Und schön wäre, wenn ich das einfach irgendwie beantragen könnte und sagen könnte: So, ich habe hier ein Projekt, drei Leute, das und das braucht man, super, finanziert es. Aber so funktioniert es ja nicht. Sondern du musst halt gucken, was gibt es gerade für Förderprogramme und was kannst du vielleicht anbieten, damit es irgendwie ins Förderprogramm reinpasst. Damit

bin ich beschäftigt, genauso wie vielleicht mit politischen Entscheidungsträgern, unser Projekt oder unsere Arbeitsweise zu erklären, vorzustellen.

Einerseits wird hier kritisiert, dass die Vergabe nicht objektiv erfolge, da der identische Antrag für eine Region angenommen und für eine andere abgelehnt wird. Letztlich weisen die Bildner:innen immer wieder darauf hin, dass politische Bildung im ländlichen Raum ein Prozess ist, der mehrere Jahre benötigt und Formate, Räume sowie Beziehungen etablieren muss (u.a. B0208, Abs. 250; DH_02 Abs. 26; DS_01 Abs. 7; B0113, Abs. 116).

Die Herausforderung besteht daher in der befristeten Förderstruktur, die nicht zur Daueraufgabe politischer Bildung passt (siehe auch B0125, Abs. 77, abgebildet auf S. 24):

B0328, Abs. 36-38: Bildung ist eine Daueraufgabe. Die Zielgruppe, die mit den Bildungsformaten in der Regel erreicht wird, wird erwachsen. Dann wächst eine neue Zielgruppe nach, der natürlich/ Das ist quasi ein Dauerbrenner und dafür ist eigentlich Förderung nicht ausgelegt. Förderung ist immer/ Ich sage mal so, man kann es ganz gut ausmachen, wenn man jetzt zum Beispiel an die Solarförderung denkt, also Förderung von Photovoltaikanlagen [...] dann merkt man: Der Markt an sich reguliert das nicht. Dann gibt man eine Förderung, dass es attraktiver wird, solche Anlagen zu beschaffen. Und das ist in der Regel etwas, wo eine Förderung endlich ist. Man hat irgendwann eine Quote an Photovoltaikanlagen oder ein Anteil an erneuerbaren Energien erreicht und dann ist die Förderung beendet. Und das ist bei uns im Feld halt was ganz anderes, da unsere Aufgabe nie beendet sein wird. Das ist immer so ein Spannungsfeld, in dem wir uns auch bewegen.

Kritisiert wird, dass die Idee der Projektförderung, in einer bestimmten Zeit ein bestimmtes Ziel zu erreichen, nicht zur Aufgabe politischer Bildung passe, deren Ziele sich immer wieder erneuern. Einerseits muss Demokratie von jeder nachwachsenden Generation neu gelernt werden (Negt 2016: 10), andererseits ist die Unterstützung von Zivilgesellschaft und demokratische Beteiligung kein abschließender Prozess. Auch die Idee der Anschubfinanzierung, bei der ein etabliertes Projekt sich entweder nach Ablauf der Förderphase selbst finanzieren kann oder von anderen Strukturen dauerhaft weiter gefördert wird, ist im Bereich außerschulischer politischer Bildung nicht umsetzbar.

Neben fehlender Passung und zu kurzen Förderperioden entstehen durch die Projektfinanzierung zusätzliche

Unsicherheiten durch langwierige Vergabeverfahren, die immer wieder zur Unterbrechung der politischen Bildungsarbeit und prekären Arbeitsbedingungen führen:

B0109, Abs. 108: Es fehlt halt die/ Das hat man überall bei den Förderprogrammen, logisch, diese längerfristige Sicherheit. Also es gab halt Zeiten, da war es wirklich unsicher. Da habe ich, glaube ich, ein Vierteljahr lang hier gesessen oder vier, fünf Monate, gerade zu Corona-Zeiten, wo wir nicht wussten, wie es weitergeht. Also wo wir wirklich überall fast schon betteln mussten, tatsächlich Geld zu kriegen, wenigstens um mich zu finanzieren als Einzelperson. Da war an ein Team noch überhaupt nicht mehr zu denken. Also das sind halt so Sachen, wo ich sage: Schade. Ich hätte schon gern auch was längerfristiges.

B0206, Abs. 272: Der ganze Antrag (.) und diese/ Auch jetzt/ Hier hat das Bündnis [von B0206] die haben noch keinen Pfennig Geld, sollten aber ab 1. Januar anfangen zu arbeiten. In der SAB sind gerade alle krank, so das ist der erste/ Ja und jetzt kommt ja erst mal noch die Nachprüfung, die dauert noch mal vier Wochen. Dann gibt es im März oder Ende März vielleicht das erste Geld. Welcher Verein soll denn das stemmen? Das können nur ganz große Konstrukte wo/ Aber kleinere Vereine können nicht mal vier Monate oder drei Monate Löhne überbrücken mit allen Nebenkosten und und und.

Die Förderlogik führt offenbar auch dazu, dass „Floskeln reproduziert“ würden und in Anträge „im Groben so ein bisschen das Gleiche“ geschrieben werde, um Gelder bewilligt zu bekommen, während die Frage, ob das Erreichen der Ziele „am Ende wirklich möglich ist“, nur unzureichend beantwortet werden kann (B0125, Abs. 77). Die fehlenden „Ressourcen für Beziehungsaufbau“ und der „Versuch alle Lücken zu füllen übersteigt [die] Möglichkeiten“ der Projekte (PM2), weil „wenige Menschen (die gleichzeitig viel tun sollen und müssen), oft immer die gleichen Aktiven, auf deren Schulter ‚Change-Management‘ oder Pflegegemeinschaft/Gemeinwohl liegt“ (PM4), sich zu hohe Ziele stecken müssen, um den Zuschlag zu Förderprogrammen zu erhalten. Dies führt zu einer strukturellen Überforderung und fehlender Selbstwirksamkeit der Bildner:innen (siehe auch B0125, Abs. 16, abgebildet auf S. 24):

B0109, Abs. 10: Und ich bin nach den zehn Jahren glaube ich ja zu nicht viel positiven Erkenntnissen gekommen. Leider. [...] Und habe dann tatsächlich mit vielen Kollegen damals auch aus anderen Projekten geschaut und uns auch immer wieder die Frage gestellt nach Wahlergebnissen: Sag mal [B0109], warum machen wir das hier eigentlich? Also hat es eh noch einen Sinn? Die Frage stellt sich mir immer wieder nach Wahlergebnissen.

B0125, Abs. 309: Das Antragsverfahren ist voll von großen Begriffen [...] Demokratiearbeit, Demokratie, Zivilgesellschaft, gegen rechte Tendenzen. So die Sachen stehen da alle mit drinnen und du weißt aber gar nicht: Was soll ich jetzt eigentlich machen? Wie soll ich denn das jetzt/ Wie soll ich das verhindern? Wie soll ich am Ende, wenn ich es runterbreche, die Wahlergebnisse verändern hier vor Ort? Das habe ich mir letztes Jahr mal gedacht. Das wäre so eine ganz einfache Wirkung, wenn zwei, 2024 zur Landtagswahl sich in [B0125-Stadt] irgendwas an den Verteilungen der Stimmen geändert hätte. Da hätte ich dann irgendwie sagen können: Ja, da haben wir auch ein Anteil dran, dass nicht mehr so viele Leute AfD wählen. Aber das/ Ich glaube, das erscheint mir gerade wie eine fast unlösbare Aufgabe, da die Tendenzen umzukehren.

Verbindet man diese diversen Zweifel, die auch an zahlreichen anderen Stellen offengelegt werden (u.a. B0202, Abs. 125; B0203, Abs. 60-62; B0209, Abs. 392-406), mit den oben beschriebenen Ablehnungserfahrungen aus Politik und Verwaltung, so muss von einem hohen Maß an Motivation ausgegangen werden, um dennoch immer wieder nach Wegen zu suchen, politische Bildungsarbeit erfolgreich zu gestalten. Andererseits deutet der mehrfach formulierte Anspruch, die eigene Arbeit auch in der Veränderung von Wahlergebnissen wiederzufinden, auf ein idealisiertes Professionsverständnis hin, das anfällig für Resignationserfahrungen sein kann.

Neben dem Eigenanspruch, die hoch gesetzten Ziele zu erreichen, besteht auch ein externer Druck, die Wirksamkeit der Projekte nachzuweisen. Die Frage, wie dies nachzuweisen ist, spielt nicht nur im Fachdiskurs um politische Bildung eine zentrale Rolle, sondern ist auch im praktischen Feld virulent. In Ermangelung eines Konsenses über die Art, Erfolge und Wirkungen sichtbar machen zu können, fallen sowohl Fördergeldgeber:innen als auch Projekte immer wieder auf Teilnehmer:innenzahlen als messbare Größe für Wirksamkeit zurück. Dies stellt jedoch insbesondere im ländlichen Raum mit überschaubarem Teilnehmer:innenpotenzial eine große Herausforderung dar:

DH_01, Abs. 83: Es fällt vielleicht auch nicht so schnell auf, weil wenn, wenn, wenn von 500.000 Leute 50 kommen, dann ist es durchaus weniger, als wenn von einer Gemeinde mit 1000 Leuten fünf kommen. Aber in der Veranstaltung stehen, sitzen halt erst mal, so sieht der Raum leer aus.

DH_02, Abs. 62-64:

B09: Ja, also ich würde es nochmal unterstreichen, diese Unverhältnismäßigkeit, weil wahrscheinlich alle Projekte, aber wir versuchen ja schon noch die zu erreichen, die wir bisher nicht erreicht haben und da sind mir zwei, drei, die ich noch nie erreicht habe, viel mehr wert in dem Sinne, als wenn ich sage ich mal 50, die eh immer zu den Projekten kommen, sozusagen also da vielleicht so dass man in Zahlen aber trotzdem die Qualität sozusagen, aber die Frage wie messe ich das. Wie auch immer aber das genau deswegen ist schon ein wichtiger Punkt. [...]

B01: Wir erreichen nur drei Leute, aber wir haben unheimlich intensive Gespräche und die haben wir über ein Jahr begleitet. Und jetzt sind die aktiv und machen was und das ist für uns ein super Zugewinn. Das existiert dann nicht, weil die so viel Kohle für drei Leute, die etwas machen und wir sagen klar, das ist doch super. Wir haben vorher gar nichts gemacht und jetzt machen wir was. Aber das wird so nicht gemessen.

Zum einen besteht das Problem, dass das Potenzial, absolut viele Menschen zu erreichen, in kleineren Gemeinden kleiner ist. Auch wenn anteilig mehr Menschen im ländlichen Raum erreicht werden als in einer Großstadt, sind die verhältnismäßig kleinen Zahlen, die sich oft im einstelligen Bereich bewegen, für die Bildner:innen wenig motivierend. Andererseits entsteht bei der Ausrichtung der Arbeit ein Spannungsfeld zwischen Qualität und Quantität. So wird argumentiert, dass es nachhaltiger sei, wenige Menschen nachhaltig zu aktivieren, statt viele Menschen kurz und ohne langfristigen Effekt in eine Veranstaltung zu locken. Die Konzentration auf die Höhe der Teilnehmer:innenzahlen als Indikator für Wirksamkeit führt darüber hinaus zu weiteren Verwerfungen:

B0125, Abs. 365: Und dieses Problem, was da immer passiert ist, ist das Problem der Lüge. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Leute das immer hundertprozentig ehrlich beantworten. Ich habe

keine Lösung dafür. Aber ich verstehe nicht, wie so quasi stillschweigend akzeptiert wird, dass Verwendungsnachweise zum Großteil einfach nicht an die Realität herankommen können. Was nicht schlimm ist. Vielleicht muss man da die Skala quasi einfach verkleinern. Aber das habe ich als jemand, der noch nicht lange in dem Feld ist und das jetzt quasi erlebt, denke ich mir immer: Wieso ist das unausgesprochen? Dass immer auf einer Quantifizierung von der Wirkung weiter beharrt wird, obwohl man weiß, dass in den Verwendungsnachweisen eigentlich/ Da kannst du immer bei uns kann man immer fünf Leute abziehen, die du halt reinschreibst. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Leute, die das am Ende bewilligen, das nicht wissen. Die wissen doch, wie es in der Realität aussieht. Und dann kann ich da Fotos aus guten Winkeln machen und so. Was ich erlebe ist, dass man sich eher Gedanken darüber macht, wie man es quasi richtig nachweist, die Arbeit, als die Arbeit richtig machen zu können. Und das ist, das ist so ein Elefant, der im Raum steht.

Der Druck, der auf den Projekten lastet, ihre Wirksamkeit über die Höhe der Teilnehmer:innenzahlen nachzuweisen, führt offenbar dazu, dass diese sich vereinzelt genötigt fühlen, bei der Dokumentation großzügig aufzurunden. Auch wenn es sich möglicherweise nur um Einzelfälle handelt, führt dies nicht nur zu einer Verzerrung des tatsächlichen Bildes, sondern erhöht den Druck auf andere Projekte in der Konkurrenz, um Mittel zu ähnlichen Maßnahmen zu greifen. Hier besteht unmittelbarer Handlungsbedarf hinsichtlich der Fortentwicklung für Indikatoren von Wirksamkeit und Erfolg. Eine Stellschraube dabei ist die zur Verfügung gestellte Zeit für politische Bildungsprojekte:

DH_02 Abs. 26-28: Wir hatten ja dieses neue Teilnehmende gewinnen, einfach zeitaufwendig, dieses Motivieren, Aktivieren, was so ein ganz anderer Zeitbedarf ist. Ich habe davon gesprochen, das dauert vielleicht zehn Jahre. Von dem Moment, dass Menschen inspirierst, dass sie auch die Dinge mittragen. Das ist eher so ein anderer Prozess. [...] Mit dem Förderzeitraum von drei Jahren kriegst du jetzt lieber nicht (unv.) so ein haptisches Tun. Da baust du eigentlich Projekte auf, die die Leute spannend finden können. Aber die Zeitlichkeit ist glaube ich für andere auch schwierig.

Vor allem Projekte, die bereits durch mehrere Förderphasen oder diversifizierte Finanzierungsquellen

abgesichert sind, weisen immer wieder darauf hin, dass genügend Zeit für den Aufbau von Beziehungen, auch zu Gatekeeper:innen, eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit und den Erfolg von politischer Bildungsarbeit im ländlichen Raum ist. Dementsprechend sind kurze Förderperioden von lediglich ein bis drei Jahren ungeeignet, da sie von Anfang an gar nicht darauf ausgelegt werden können langfristig zu wirken, sondern direkt Angebote schaffen müssen, die zwar viele Teilnehmer:innen generieren, aber in ihrer Nachhaltigkeit nur bedingt wirken können. Neben längeren Förderperioden bedarf es dazu auch eines Kulturwandels sowohl bei den Fördergeldgeber:innen als auch bei den Bildner:innen selbst:

DH_02, Abs. 77: Also ich finde es auch gesamtgesellschaftlich, dass es sehr viel so dieses schnelle Output auch im Studium überall einfach ist, zum schnellen Output generiert und dann mache ich halt mal schnell meine Veranstaltungen in ganz anderer Ansatz, wo langsam so die Gemeinschaften aufbauen in so einen Tätigkeitsprozess zu kommen. Also es wird ganz von der Logik her, also ich bin ja auch von den Zapatistas inspiriert und die sagen immer, wir gehen langsam aber bestimmt. Und das ist aber eine total andere Logik.

DH_02, Abs. 68: Ich würde vielleicht noch ergänzen, dass es mit den Teilnehmer:innenzahlen, vielleicht auch auf einer individuellen Ebene stattfindet, dass das einen ja selber auch unter Druck setzt, wenn man vielleicht auch aus einem eher städtischen Kontext vorher kam, wo die Zahlen einfach allgemein höher sind, weil da viel mehr Menschen leben und man jetzt plötzlich irgendwie da lernen muss, damit zufrieden zu sein, dass zehn Leute viel ist, so. Das ist, glaube ich schon auch was.

Wichtige Elemente eines Kulturwandels sind also einerseits eine Veränderung über die Wertvorstellung der Höhe von Teilnehmer:innenzahlen im ländlichen Raum, und das sowohl bei den Bildner:innen selbst als auch bei den Fördergeldgeber:innen. Andererseits bedarf es einer Verschiebung der Perspektive von einem quantifizierbaren Outcome hin zur qualitativen Nachhaltigkeit des Prozesses.



Obwohl es in Sachsen zahlreiche und umfangreiche Förderprogramme gibt, die politische Bildung im ländlichen Raum finanzieren, ist die Nachhaltigkeit dieser Programme in Frage zu stellen, da sie politische Bildner:innen vor diverse Herausforderungen stellen:

ERSTENS passt die befristete Förderstruktur nicht zu den Bedarfen vor Ort und der Daueraufgabe politischer Bildung.

ZWEITENS fehlt es an einer sächsischen Gesamtstrategie zur Förderung demokratischer Bildung, wodurch bürokratischer Mehraufwand entsteht, der viele Ressourcen bindet.

DRITTENS führen langwierige Vergabeverfahren zu zusätzlichen Unsicherheiten und prekären Arbeitsbedingungen.

VIERTENS steht der befristeten Förderstruktur ein idealisiertes Professionsverständnis gegenüber, wodurch es vermehrt zu Resignationserfahrungen, struktureller Überforderung und fehlender Selbstwirksamkeit auf Seiten der Bildner:innen kommt.

Diese Problematik wird zusätzlich durch externen Druck, die Wirksamkeit der Projekte (insbesondere durch die Höhe der Teilnehmer:innenzahlen) nachzuweisen, verstärkt.

Um die Nachhaltigkeit der Finanzierung politischer Bildung zu stärken, bedarf es daher sowohl längerer Förderperioden als auch eines Kulturwandels hinsichtlich Wirksamkeitsvorstellungen und -messung. Zugleich müssen förderseitig die Bedingungen geschaffen werden, dass gestaltbare Freiräume von Bildner:innen auch genutzt und Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht werden können.

Platz für Gedanken & Fragen



Stimmen aus der Praxis



VS_01, Abs. 30: Und man kann auch sozusagen Leute relativ schnell auch begeistern, weil man sich eben kennt oder relativ schnell kennenlernt.

Der ländliche Raum eröffnet direkte Kontaktmöglichkeiten

VS_01, Abs. 7: Deswegen, und ich glaube, das ist etwas, was im ländlichen Raum viel öfter gemacht wird, also dass man sich halt so in Restaurants oder auch in der Kneipe trifft und so beim Essen oder so über Politik spricht.

VS_01, Abs. 39: Es stimmt, es ist nicht anonym wie in der Stadt. Also man kriegt wirklich alles mit und wird beobachtet, was Vor- und Nachteil sein kann.

VS_01 Abs. 3-4: Sondern ich habe so das Gefühl, aber da können wir gerne noch drüber reden, dass das so im Fluss sein muss in den kleineren Regionen, also dass man bekannt sein muss, man muss erst mal vor Ort sein und sich Kontakte ausbilden. [...] Ich musste da ganz viele Gespräche führen.

VS_01, Abs. 24: Anders als in der Stadt ist, dass es so ein zweischneidiges Schwert ist. Was auch schon angesprochen wurde hier mit den Menschen, mit denen man sich's verscherzen kann, auf der einen Seite, auf der anderen Seite ist es total schön, wenn man eben einen Bürgermeister hat, der sich auch engagiert, den man dort anspricht, den man, mit dem man gleich auf du ist.

VS_01, Abs. 39: Und ja, was mich da begeistert, ist schon erst mal die Natur. Auf jeden Fall die Ruhe.

Der ländliche Raum wird als Rückzugsort, Strukturen aber auch als „festgefahren“ beschrieben

DH_01, Abs. 21: dass vielleicht nochmal als konservative festgefahrene Strukturen im Sinne wir kommen auch nicht weiter als Gemeinwesen

Stimmen aus der Praxis



B0125, Abs. 16: Aber ich denke mir, ich sitze hier jeden Tag, habe einen 30 Stunden-Vertrag, mache hier meine Sachen und es ist nicht so, dass hier jeden Tag mir die Bude eingerannt wird, sprichwörtlich gesagt. Es ist ein Kampf, dass hier Leute herkommen, die ich zum Beispiel vorher noch nicht so gesehen habe, die nicht in unserem Kontext eh schon unterwegs sind. Wenn wir Angebote machen, dass Leute kommen, schon alleine. Solche Sachen, die frustrieren mich, glaube ich, auf Dauer. Wir machen viele Sachen und ich habe noch nicht so das Gefühl, dass der Anklang dafür so da ist.

Erschwerte Erreichbarkeit führt teilweise zu geringer Selbstwirksamkeit

Oft trifft eine städtische Perspektive auf ländliche Realitäten

VS_01, Abs. 47-48: der ländliche Raum ist auch der Realitätscheck für alles das, was man sich in der Stadt so ausdenkt. Das ist auch ein sehr urbanes Gebäude, wo man sich tolle Sachen ausdenkt, die dann, wenn sie auf den ländlichen Raum prallen. Ja, wirklich (...) runtergebrochen werden auf eine Situation, wo man nicht mehr viel rumschwindeln kann, sage ich mal. Demokratische Bildung im ländlichen Raum ist eine Daueraufgabe, keine Feuerwehr.

B0125, Abs. 77: Und jetzt wird noch mal relativ schnell viel Geld irgendwo reingepumpt, um irgendwie noch irgendeinen Karren aus dem Stand zu ziehen, habe ich so das Gefühl. Was an sich gut ist, Geld in die Strukturen zu geben, die sich hier auch ländlich quasi versuchen zu engagieren. Aber mit einer Dreijahresförderung ist es auch schwierig, quasi Prozesse, historisch gewachsene Prozesse, jetzt mal schnell zu ändern, finde ich. [...] Und ich werde vieles jetzt schon in den zwei verbleibenden Jahren noch machen können, aber jetzt hier eine Zivilgesellschaft in B0125-Stadt aufbauen, die irgendwie was an den gesellschaftlichen Tendenzen, die also seit den 90er Jahren gewachsen sind, verändert, glaube ich nicht. Das schaffe ich nicht. Dafür bin ich, glaube ich, ein zu kleines Licht.

3.6. ...zwischen gestaltbaren Freiräumen und didaktischen Unsicherheiten

Potenziale

- gestaltbare Freiräume
- Schaffung von Begegnungsräumen und Selbstwirksamkeit
- Sichtbarkeit, Gestaltung und Veränderung

Herausforderungen

- Erreichbarkeit von Menschen, die sich noch nicht für politische Bildung interessieren oder engagieren
- didaktische Unsicherheiten über Bedürfnisse der Zielgruppen (Ansprache, Formate, Themen)
- Spannungsfeld zwischen lebensweltlichen Themen und Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung und Zielen der politischen Bildner:innen

Neben den Interaktions- und Beziehungsnetzwerken als ein wichtiges Potenzial demokratischer Bildung jenseits urbaner Gebiete spielt der Raum selbst eine tragende Rolle. Aufgrund von demografischen und strukturellen Entwicklungen werden im ländlichen Raum gestaltbare Freiräume eröffnet, die durch politische Bildungsprojekte erschlossen werden und einen anderen Zugang zur Zielgruppe bieten können, als dies im urbanen Raum möglich ist (siehe auch VS_01, Abs. 30; 32; 51 & 42, abgebildet auf S. 41):

VS_01, Abs. 36-37: Nun lebe ich aber schon seit über 25 Jahren im ländlichen Raum. Daran begeistert mich tatsächlich auch (unv.) schon alles. Der Freiraum, die Möglichkeit, dass nicht alles schon da ist. Das ist auch anders als in der Stadt, dass ich Pionierarbeit leisten konnte. Zum Beispiel mit unserem Kino und die eigenen Dinge verfolgen.

VS_01, Abs. 48-49: Also mich begeistert am ländlichen Raum auch das Gestalten von Räumen, Platz zu haben, dass man nachts um drei Klavier spielen kann, ohne dass es jemanden stört, dass man Gestaltungsräume hat. Ich habe vorher in Großstadt 04 in der Kultur gearbeitet und da sind Gestaltungsräume schnell auch einfach besetzt. Oder man rangelt sich. Und weil jeder dann irgendwie mitgestalten will, während im ländlichen Raum alle sagen: Ach, komm doch her und mach mit.

Fast alle Bildner:innen sprechen den Gestaltungsraum, Selbstwirksamkeit, viel Platz, die Möglichkeit für Gestaltung und Veränderung als positive Aspekte des ländlichen Raums an (siehe auch VS_01, Abs. 15; Abs. 51, abgebildet auf S. 41). Dieser Raum wird kreativ in die Bildungsarbeit eingebunden und als Zugang genutzt (B0109, Abs. 244):

B0125, Abs. 104-113: Wir machen Kneipe hier. (Lacht) Ja genau, machen monatlich quasi Kneipenabend. Das haben wir/ Seit Juli haben wir das monatlich gemacht letztes Jahr, ich und meine Kollegin, weil wir in den Gesprächen, die wir hier mit Leuten geführt haben, gemerkt haben, dass es keine Kneipe gibt. [...] Aber es gibt [...] keinen niedrigschwelligen Begegnungsort abends.

B0125, Abs. 121: Zum Beispiel: Ich habe da einen Typen kennengelernt, der so ein Festival organisieren wollte. [...] Und für die konnten wir so einen/ also einen Raum bieten. Und jetzt kann er sein Festival hier organisieren und das wird im Juni stattfinden.

So haben sich einige Projekte zentral in kleinen Städten oder größeren Dörfern, z.B. in ehemaligen Läden oder Büros eingemietet. Diese Orte werden nicht selten zu Begegnungsräumen oder bieten diversen Initiativen Freiräume und Vernetzungsmöglichkeiten (vgl. dazu auch B0109 Abs. 46-50; B0206, Abs. 58-62). Insgesamt werden geschlossene Kinos, Freibäder oder Kneipen neu belebt und zu Orten der Begegnung und Demokratiebildung. Trotz dieser Potenziale beklagen die Bildner:innen immer wieder die geringe Anzahl an Teilnehmenden in ihren Angeboten:

DH_01, Abs. 58: also ein generelles Thema für uns ist das Problem, dass es wenig Nutzerinnen und Besucherinnen von unserem Angebot gibt.

DH_02, Abs. 69: Das ist auch viel Aufwand. [...] Wir überlegen uns Formate und wir denken, das ist total cool. Und dann. Also man hat dann die Erwartungshaltung. Mensch, das geht bestimmt durch die Decke und dann ist es, kommen fünf Leute und man denkt sich: Aha, okay, du, dumm.

Obwohl immer wieder neue Ansätze ausprobiert werden, scheint es den Projekten im ländlichen Raum schwer zu fallen, ihre gewünschte Zielgruppe zu erreichen. Die Folge ist, dass sie meistens bereits interessierte und politisierte Menschen ansprechen:

VS_01, Abs. 40-41: Da ist immer die Herausforderung wie erreicht, also wie begeistere ich die Leute zum Mitmachen? Also es ist immer der harte Kern, die, die immer da sind und dann ist aber so wie kriege ich die alle zusammen und das ist auch in der Arbeit das Problem, so ein bisschen wie erreicht die Social Media oder Presse dann. Also ich erwische bisher immer entweder nur die Alten oder nur die Jungen, aber irgendwie wollen wir die ja zusammenkriegen. Und ich glaube, das ist so nicht nur jetzt die Herausforderung, sondern auch für die Zukunft bin ich so ein so also die Leute einfach begeistern mitzumachen.

B0125, Abs. 173: Da gibt es jetzt auch, glaube ich, eine Diskrepanz zwischen das, was unser/ die uns das Geld geben, wollen und was wir wollen. Ich glaube, das, was das Ministerium sagt, ist, wir [...] sollen die [B0125-Stadt]-Zivilgesellschaft erreichen, wir sollen die Stadtgesellschaft von [B0125-Stadt] erreichen. Haben wir letztes Jahr probiert. War unser Anspruch. Ist zu groß, finde ich. Wir haben im letzten Jahr uns dann als Ziel gesetzt, die Leute zu erreichen, die quasi wollen in Anführungszeichen. Das habe ich jetzt also völlig altersunabhängig, einfach Leute, die ein Angebot wahrnehmen wollen, was offen ist, was vielleicht auch auf eine Art alternativ ist und was einen politisierten [...] Das waren im letzten Jahr die Leute, die quasi/ wo wir nur den kleinen Finger geben mussten, die sich quasi nach so was gesehnt haben und die man auch schon kennt aus diversen Kontexten [...] Das sind Leute, die schon politisiert sind und die Lust haben, Angebote wahrzunehmen und sich auch in dem Bereich, in dem Feld, in dem wir uns bewegen und auch mit meinem Background und so das wahrzunehmen.

Bildner:innen empfinden die „Erreichbarkeit über übliche Verdächtige“ hinaus als Herausforderung (PM1). Es falle schwer „Zielgruppen effektiv an[zu]sprechen (Verbündete finden); Bekanntheit [zu] erlangen; Menschen [zu] erreichen; Menschen [zu] vernetzen“ (PM4), oder „Menschen [zu] motivieren, sich zu beteiligen“ (PM3). Folge sei, dass „Angebote politischer Bildung [...] nur von sehr wenigen wahrgenommen“ würden (PM2). Wenige Teilnehmende (PM3) seien für die Projekte teilweise schwer auszuhalten (PM1).

Es scheint oft Ratlosigkeit zu herrschen, wie „die Projekte bei nicht eh schon Aktiven“ „passende Formen der Teilhabe und Partizipation“ finden können und wie Motivation „sich zu beteiligen“ geschaffen werden könne (PM3). Als Herausforderung wird dabei die „diverse Zielgruppe“ und „zu wenig Menschen für spezifische Zielgruppen“ beschrieben, was eine „Schwerpunktsetzung schwierig“ mache (PM2):

VS_01, Abs. 15: Und eine Herausforderung für mich war auch in der Arbeit, [...] mich auf was zu fokussieren und darauf zu konzentrieren, was ist jetzt geeignet? Was können wir machen? Angepasst an Ressourcen und Kapazitäten zu sagen: Alles geil, ich will alles mitnehmen, das funktioniert halt nicht.

VS_01, Abs. 20: Ähm. Und die letzte Herausforderung [...], dass ich merke, ich muss immer wieder auch mich selber in meinen Gedanken bremsen und sagen okay, langsam. Nicht alles auf einmal wollen. Und das ist glaube ich, was ja immer ein Lernprozess und auch eine Herausforderung.

Darüber hinaus wird dann gefragt, ob die existierenden Projekte richtig beworben werden und ob es sich dabei um die richtigen Formate handelt (PM3). Hinter diesen Unsicherheiten steht die Frage, was die Bedürfnisse der Zielgruppen sind und wie man diese besser erheben könnte:

DH_01, Abs. 14: Entweder die Angebote, die gemacht werden, kommen, kommen die Leute nicht. Und darum ist das jetzt die Hypothese, vielleicht passt es nicht oder sie haben das, also du hast das - oder wer auch immer - hat das Gefühl, ich weiß nicht, was die Bedarfe sind. Also mir fehlen die Möglichkeiten, die Bedarfe herauszufinden. Was fehlt, ist beides, oder?

DH_01, Abs. 71: Es ging auch ein Stück weit darum, mit der Frage, was sind die richtigen Formate für die Zielgruppen, die ich ansprechen möchte? Und andererseits möchte ich auch das, dass die Menschen diese Formate eigentlich mitgestalten. Ich will es bedarfsgerecht machen, aber es werden keine. Die Bedarfe herauszufinden ist schon so super schwierig, weil selbst wenn man das Angebot macht, wird es super schlecht angenommen. Also und es ist so eine Spirale, wo ich sage und wo kommt es her.

Bildner:innen betonen zwar, dass es wichtig sei, die Bedarfe der Zielgruppen zu beachten, kennen diese aber teilweise nicht gut oder verharren im Dilemma, dass Partizipation und bedarfsgerechte Gestaltung aufgrund der fehlenden Erreichbarkeit schwer möglich sei. So wird immer wieder versucht sich anzupassen und auch Verständnis für Kritik der Zielgruppe an der eigenen Arbeit aufzubringen:

VS_01, Abs. 17: [...] man eben wirklich in Bezug auf das Chamäleon, dass das eher so ein Versuch ist, immer wieder sich anzupassen an die Bedürfnisse der Menschen bei uns, auch im Ort, um auch möglichst alle Zielgruppen, die wir uns vorgenommen haben, zu erreichen.

DH_02, Abs. 46: Also was, was ich finde, was hier auf alle Fälle noch dazu sollte, ist dieser Aspekt der Bedarfe oder der Bedürfnisse. Weil es klingt jetzt immer und das ist ja auch in unserer Arbeit sehr schnell vorne das Argument, dass da gemeckert wird, dass diskreditiert wird, dass usw., also kritikwürdige Dinge passieren, aber dass dahinter auch Bedürfnisse liegen, Ängste existieren. Also das finde ich, das muss man einfach mit betrachten.

Beim Abgleich der eigenen Ziele und der Interessen sowie Bedarfe der Zielgruppe stoßen die Projekte immer wieder auf eine Spannungsfeld zwischen dem Anspruch „Zielgruppen erfolgreich an[zu]sprechen und dabei authentisch [zu] bleiben“ (PM4):

DH_01, Abs. 48: Ja, authentisch zu sein. Gleichzeitig. Und das hat und das hat wiederum ganz viel mit der Zielgruppenarbeit zu tun, Das steht auch in der Mitte. Große Herausforderung also, irgendwie etwas zu bewirken in dem Versuch, Zielgruppen anzusprechen, effektiv zu sein und gleichzeitig aber auch bei seinen eigenen Themen zu bleiben und nicht zum Ja. Na ja, was hab ich gesagt, nicht zum Teppichvertreter zu werden, sozusagen zum Hörer zu werden.

Die wahrgenommene Diskrepanz zwischen den eigenen Zielen sowie Themen und denen der breiten Bevölkerung im ländlichen Raum stellt die Bildner:innen vor die Herausforderung einen lebensweltlichen Zugang, Themen, Formate und Räume zu finden und sich dabei nicht zu weit von dem zu entfernen, was sie selbst als „authentisch“ beschreiben. Dieses Spannungsfeld führt auch zu der Frage, ob es überhaupt eine Überschneidung der Ziele und Bedarfe gibt bzw. ob es aus Sicht der Mehrheit der Menschen im ländlichen Raum einen Bedarf für politische Bildungsangebote gebe:

DH_01, Abs. 8: Angebote versus Bedarfe, wo es so ein bisschen darum ging, mit was für einer Brille wir auf den ländlichen Raum gucken und vielleicht so mit unserer eigenen Sichtweise darauf, was hätten wir gerne für Angebote [...] Und brauchen das die Leute vor Ort wirklich? Oder sind die Tagesabläufe und die Interessen nicht eigentlich ganz anders? Das können wahrscheinlich eher auch Leute sagen, die wirklich dann im Ländlichen (..) also wenn wir es wirklich ins ganz Ländliche auch gucken da gibt es vielleicht gar nicht so diesen Grundbedarf, den wir uns da ausmalen wo wir uns sagen warum kommen dann die Leute nicht zu unseren Sachen.

DH_01, Abs. 9: Vielleicht muss man sich dann nochmal mehr damit beschäftigen. Also das ist auf jeden Fall so eine Herausforderung, dass wir gerne solche Sachen an Menschen auch geben wollen, damit sie an so was partizipieren können. Aber vielleicht wollen sie das gar nicht annehmen und wollen das gar nicht, weil sie abends gern auf ihrer Wiese sitzen oder was und in die Landschaft gucken und gar nicht ins Kino wollen.

Hinter der These, die Bevölkerung im ländlichen Raum hätte wenig Interesse an politischen Bildungsformaten, verbirgt sich hier erneut die bereits oben beschriebene Einschätzung, dass viele Menschen bereits anderweitig eingebunden seien und andere Prioritäten hätten (siehe Kapitel 3.1):

DH_01, Abs. 94-95:

B13: Du kannst es ja mal probieren - Stammtisch zu gehen? Ja, wir haben es gemacht. Wir sind in unserer Kneipe an den Männerstammtisch herangetreten mit einer externen Idee. Das ist eine Erfahrung. Da muss man auch ein ganz schönes Standing haben.

B04: Was ich dazu noch sagen kann, was ich mir gerade gedacht habe. Vielleicht liegt es auch daran, dass es greifbar Feuerwehrjugend, Blaskapelle, Sportverein greifbar ist. Klar. Und wie und und. Das, was wir tun, ist für uns auch klar. Aber vielleicht nicht für alle anderen.



Die hier dargestellten Aussagen weisen zum einen darauf hin, dass der ländliche Raum viele gestaltbare Freiräume und dadurch Platz für Gestaltung, Veränderung und Selbstwirksamkeit bietet, den Bildner:innen gern entsprechend der Lebenswelt und Bedarfe ihrer Zielgruppen nutzen wollen. Gleichzeitig scheint es ihnen schwer zu fallen, diese Bedarfe zu erschließen und anschlussfähige Konzepte und Formate zu entwickeln, wodurch didaktische Unsicherheiten bestehen. Auch hier, wie oben bereits festgehalten, scheinen etablierte Konzepte aus dem urbanen Raum nicht immer übertragbar zu sein. Zugänge und lebensweltliche Vorstellungen scheinen vor allem über Bindung, Zeit und Perspektivwechsel möglich.

4. Lösungsstrategien im Umgang mit Herausforderungen demokratischer Bildung im ländlichen Raum

Im Kontext der beschriebenen Spannungsfelder reagieren die befragten politischen Bildner:innen allerdings nicht nur auf bestehende Schwierigkeiten im ländlichen Raum, sondern gestalten auch innovative Ansätze und Lösungen, um ihnen proaktiv zu begegnen. Im Folgenden werden daher Strategien präsentiert, die von Bildner:innen im ländlichen Raum im Umgang mit den oben dargestellten Herausforderungen angewendet werden. Darüber hinaus werden weitere Lösungsstrategien direkt aus den identifizierten Problemlagen heraus abgeleitet.

4.1 Beziehungen und Netzwerke aufbauen, pflegen und nutzen

Potenziale

- direkter Zugang zur Zielgruppe
- gemeinsam geteilte Lebenswelt
- stabile Interaktionsnetzwerke

Herausforderungen

- verengte Diskursräume
- Beziehungsbarrieren, Konformitätszwänge und soziale Kontrolle
- Argwohn, Ängste, Apathie und Ohnmachtsgefühle der ländlichen Bevölkerung

Lösungsstrategien

- Vernetzung
- Beziehungen aufbauen
- Entwicklung gemeinsamer Ziele und konkreter Projekte
- politische Selbstwirksamkeit ermöglichen
- Ressourcen für Vernetzung und Kooperation schaffen, Förderlogiken entsprechend anpassen

Vernetzung wird immer wieder als wichtige Strategie für die politische Bildungsarbeit im ländlichen Raum benannt. Zusammen mit anderen Aktiven Ziele zu bestimmen, gemeinsame Vorgehensweisen und Strategien zu koordinieren, aber auch sich gegenseitig zu stärken und zu unterstützen, scheinen wichtige Voraussetzungen für gelingende Bildungsarbeit im ländlichen Raum zu sein:

B0109, Abs. 16: Dort haben wir erst mal verschiedene Menschen miteinander zusammengebracht, so hier aus der Umgebung, die sich irgendwie dort mit engagieren, dass die erst mal überhaupt wissen voneinander: Okay, denen geht es ähnlich. Und wen können wir denn ansprechen und wo ist unser Netzwerk, die vielleicht auch so denken oder andere Menschen unterstützen. Und aus diesem, ich sage mal immer, aus diesem Angstraum heraus hat sich dann wirklich eine Bürgerinitiative gebildet, die gesagt haben hier: Wir wollen hier ein friedliches Miteinander gestalten, wir wollen hier wieder, egal welche politische Meinung wir haben, aber es muss doch in der Lage sein, ohne Gewalt, mit Wertschätzung unterschiedliche politische Meinungen auszuhalten, ohne dass es hier menschenverachtend wird.

B0220, Abs. 440: Ich würde aber sagen, größtenteils arbeiten die [Projekte] für sich und wir versuchen die aber dahin zu motivieren, auch zumindest zu gucken: Wer ist in meiner Umgebung noch aktiv? Mit wem kann ich zusammenarbeiten? Und dann auch übergreifend, wenn sie nah beieinander liegen.

Die Vernetzungsarbeit muss also in zwei Richtungen geschehen: Zum einen geht es um die Beziehungsarbeit mit Bürger:innen, um diese zu aktivieren und gemeinsame Ziele zu identifizieren, diese zu beteiligen und so Dynamiken zu entwickeln, die einen Rückhalt in einem gewissen Teil der Gemeinschaft haben. Zum anderen geht es um die Vernetzung der Bildner:innen und Projekte untereinander, was gegenseitige Unterstützung und Synergien ermöglichen kann. Aus einer Struktur, die sowohl die Vernetzung der Bildner:innen als auch der Bevölkerung stärkt, können Kooperationen entstehen, die gemeinsame Dynamiken entwickeln und politische Selbstwirksamkeit ermöglichen:

DS_01, Abs. 76: Ich gehe zufrieden aus Netzwerktreffen, wenn ich [...] ein konkretes gemeinsames Vorhaben [finde] und nicht, wir, ich sage, wir plappern irgendwie über ein Thema, was auch mal schön ist, aber sozusagen, [...] die Art von Vernetzung, die ich mir vorstelle.

Gelingt es, Netzwerke zu bilden, die nicht nur auf Zusammenkunft und Erfahrungsaustausch basieren, sondern in eine Kooperation mit gemeinsamen Zielen und kollektiven Handeln übergehen können, erfahren solche Netzwerke auch mediale Aufmerksamkeit und Anerkennung. Dies wiederum schafft Motivation:

B0125, Abs. 165: Jetzt aus meinem konkreten Arbeiten heraus würde ich sagen: Vernetzung. Vernetzung zwischen Leuten, die sich im Idealfall vorher nicht kannten, aber das ist nicht so wichtig eigentlich. Vernetzung von Leuten, die/ und das habe ich gerade gesagt, dieses was-gemeinsam-schaffen. Und das muss jetzt nicht im handwerklichen Sinne was zum Anfassen sein. Das kann auch ein regelmäßiger Treff zwischen denen sein, wo die einfach nur reden.

B0120, Abs. 10: Das Beispiel ist ja schon viele Jahre bekannt, das war sehr erfolgreich in Osttritz, das Friedensfest gegen das Schild und Schwert-Festival/ Hat dieser kleine Ort es geschafft, da ein ordentliches Netzwerk aufzubauen und eine unglaubliche mediale positive Wirkung zu entfalten. Weil es ein klares Statement aus der Gemeinde auch gab, das noch mal die besondere Situation mit dem Kloster Sankt Marienthal so eine/ Ich sage mal, so einen großen Akteur auch im Bereich der politischen Bildung haben ja nur die wenigsten Kommunen. Aber das ist genau so ein Beispiel, dann so eine Kommune auch als impulsgebender Akteur mit reinzuholen.

Damit dies gelingen kann, braucht es oft jedoch zusätzliche Ressourcen, welche die Vernetzung organisieren sowie koordinieren und die Verwaltung übernehmen, die Ehrenamtliche und kleine Projekte sowie Vereine oft nicht stemmen können. Kommunale Beteiligungsbeauftragte (DS_01, Abs. 64) oder Fördermittel-Lotsen (B0210, Abs. 336-388) könnten dabei als Bindeglied zwischen Bürger:innen, Projekten, Politiker:innen und Verwaltung agieren, bei der Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln unterstützen oder Vernetzung organisieren. Erste Ansätze für solche Koordinations- und Vernetzungsstellen existieren bereits in einigen Programmen. Diese müssen jedoch noch ihre Wirkung entfalten:

B0125, Abs. 403: Wir machen mit den anderen [Projekten] aus der Region so Vernetzungssachen. [...] Die haben jetzt noch nicht so eine richtige Wirkung gehabt.

DS_01 Abs. 74: Was wir gemeint haben, ist, dass Fördermittelgeber mitdenken sollen, dass es Zeit und Ressourcen braucht zur Vernetzung. Dann wurde aber zurückgemeldet: es gibt schon so viele Vernetzungstreffen. Wir sind jede Woche auf irgendeiner Vernetzungsklausur und Treffen aus dem Feld heraus, dass wir noch mehr brauchen und nicht noch verschiedene Stufen aufbauen.

Daher müssen für gelingende Vernetzung und Zusammenarbeit nicht nur koordinative Stellen geschaffen werden, sondern auch innerhalb der bestehenden Projekte genügend flexible Ressourcen bestehen, um vernetzt arbeiten zu können. Dazu bedarf es einerseits einer neuen Förderlogik, die zwischenmenschliche Beziehungsarbeit als förderfähig ansieht, und andererseits Vernetzungstreffen zwischen den Bildner:innen, die einem nachhaltigen Konzept folgen. Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Methodentrainings sowie Schulungen zu Dialogkonzepten sollten ebenso Teil dieser Begegnungen sein, wie der Austausch von Herausforderungen und erarbeiteten Lösungsstrategien.



Vernetzungsarbeit als zentrale Strategie für die politische Bildungsarbeit im ländlichen Raum, durch die transformative Dynamiken entstehen können, muss zweidimensional gedacht werden: Mobilisierung sowie Beteiligung von Bürger:innen einerseits und Austausch sowie Zusammenarbeit zwischen demokratischen Bildungsprojekten andererseits. Damit beides gelingen kann, braucht es mehr (kommunale) Koordinierungs- und Vernetzungsstellen, eine neue Förderlogik, die zwischenmenschliche Beziehungsarbeit als förderfähig ansieht und Vernetzungstreffen für Bildner:innen, die Weiterbildung und Erfahrungsaustausch vereinen.

4.2. Langfristige Verankerung in den Regionen, Beziehungsaufbau zu Gatekeeper:innen und Mediationsstrukturen

Potenziale

- gemeinsam geteilte Lebenswelt
- direkter Zugang zu Entscheidungsträger:innen

Herausforderungen

- Spannungsfeld zwischen Konservatismus und Progressivität
- erschwerte Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung
- Behinderung durch kommunale Politik und Verwaltung

Lösungsstrategien

- langfristige Verankerung in der Region
- Aufbau von Bindung zu Gatekeeper:innen
- Strukturen für Moderation und Mediation bei Konfliktfällen schaffen
- gemeinsame demokratische Ziele identifizieren und nutzen

Für eine erfolgreiche Bildungsarbeit im ländlichen Raum braucht es nicht nur eine gute Verbindung in die sozialen Interaktionsnetzwerke der Bevölkerung, sondern auch zu kommunaler Politik und Verwaltung. Nur durch eine breite Akzeptanz von Projekten kann eine Breitenwirkung entfaltet werden. Einige Bildner:innen berichten, dass es jahrelange Beziehungsarbeit und einige Personalwechsel gebraucht hat, bis man mit Stadtverwaltung, Bürgermeister:innen, Museumsdirektor:innen und anderen Gatekeeper:innen so zueinander gefunden hat, dass es zunehmend Offenheit und letztlich auch Kooperationen geben konnte (vgl. B0220, Abs. 214-230):

DS_01, Abs. 90: Ich glaube, das ist auch allen, vielleicht auch allen klar, aber nicht immer bewusst, dass wir Menschen finden müssen, die ein gutes Standing haben in der Kommune und die nicht wir sind und was anderes auch verkörpern und die dann mit solchen Ideen an die Leute rangehen und sagen: Guck doch mal, wollen wir nicht mal und wollen wir nicht mal das versuchen oder so?

B0109, Abs. 10: Und genauso braucht es aber auch die Mainplayer direkt im Gemeinwesen. Und du musst halt hier vor Ort sein.

Neben einer guten Beziehung zu kommunaler Politik und Verwaltung braucht es auch Kontakt zu lokalen Gatekeeper:innen, die bereits Ansehen in der Gemeinschaft genießen und Anliegen auch anders transportieren, als es Projekte und deren Mitarbeiter:innen von außen hereintragen können. Solche Gatekeeper:innen können Vereinsvorsitzende bei der Feuerwehr, im Kleingartenverein etc. sein, aber auch lokale Gewerbetreibende (Bäckereien, Restaurants), Schul- oder Museumsleitungen oder Kulturschaffende. Diese Zugänge sind ein wichtiger Faktor für den Zugang in verschiedene Lebenswelten und -bereiche der Kommune. Dabei scheinen diese Gatekeeper:innen sowohl Zugang, Akzeptanz und Scharnierfunktion zu kommunaler Politik und Verwaltung zu sein, also auch zur Bevölkerung selbst. Aber auch für die gezielte Beziehungsarbeit mit Gatekeeper:innen braucht es nicht nur Zeit und Ressourcen, sondern auch einen langen Atem sowie Toleranz und Offenheit. Viele Bildner:innen berichten, dass dazu drei Jahre als Projektlaufzeit keinesfalls ausreichen würden.

Um Konflikte zwischen Projekten und kommunalen Akteur:innen überwinden zu können, schlagen Bildner:innen übergeordnete Moderationsangebote und Hilfe bei Diskrepanzen zwischen ansässigen Projekten, Politiker:innen und Verwaltung als eine Lösungsstrategie vor:

B0125, Abs. 332-333: Da haben wir gesagt: Könnt ihr da was machen als Ministerium? Kommt doch mal hin nach [B0125-Stadt], redet mal mit unserem Oberbürgermeister, versucht eine Klärung herbeizuführen, dass wir irgendwie auf irgendeiner Ebene reden können. Das war im/ das muss Herbst gewesen sein, weil da haben wir damals gesagt: Wir brauchen Support. Wir würden uns wünschen, dass ihr uns irgendwie helft mit eurem Netzwerk, mit allen Leuten, die da Zeit, Kapazitäten haben.

Solche Moderationen und Mediationen können dann auch Ausgangspunkt für die Etablierung einer neuen Kultur sein. Dazu braucht es - trotz möglicher politischer Spannungsfelder zwischen konservativen und progressiven Ansichten - auf beiden Seiten die Offenheit, gemeinsame demokratische Ziele zu identifizieren und diese für eine Zusammenarbeit zu nutzen:

DH_01, Abs. 44-46: Konservativ, progressiv. Also was ist dieses Konservative eigentlich? Ist das immer was, was Verbohrtes, Negatives, Festgefahreneres, Antimodernes? Oder hat das auch Gründe? [...] wir teilen ja oft andere Werte als unsere, als Teile unserer Zielgruppen, die wir ansprechen wollen [...] Also respektvoll sich diesem Anderssein einfach zuzuwenden.

Eine solche Offenheit kann sowohl von den Förderprogrammen auf Seiten der Projekte, als auch durch die Landespolitik auf Seiten der Kommunen angeregt und begleitet werden. Darüber hinaus wäre eine gemeinsame Gesamtstrategie zur Demokratiebildung seitens des Freistaates hierfür ebenso hilfreich (siehe Kapitel 3.5 und 4.5).



Die langfristige und nachhaltige Verankerung von Projekten in ihrer Region ist eine weitere entscheidende Strategie für erfolgreiche demokratische Bildungsarbeit im ländlichen Raum. Dies gelingt insbesondere durch den Aufbau von Beziehungen zur kommunalen Politik und Verwaltung, der auch mittelbar über lokale Gatekeeper:innen erfolgen kann. Zusätzlich könnten unabhängige Moderations- und Mediationsangebote zur Vermittlung bei Unstimmigkeiten oder Konflikten zwischen Bildungsprojekten und kommunalen Akteur:innen beitragen.

Platz für Gedanken & Fragen



4.3. Systematische Erfassung von Angriffen, rechtliche und strategische Beratung und Prävention

Potenziale

- Bereitschaft zur Solidarität, Hilfe und Daseinsfürsorge

Herausforderungen

- rechtsradikale Strukturen
- Behinderungen und Angriffe auf politische Bildungsprojekt

Lösungsstrategien

- Sichtbarkeit und Dokumentation von Angriffen
- (Weiter-)Entwicklung von Handlungsstrategien im Umgang mit Angriffen und Anfeindungen
- Schutzkonzepte

Im Umgang mit Anfeindungen, Angriffen und Bedrohungen durch rechtspopulistische und rechtsradikale Strukturen braucht es mehr Sichtbarkeit und Unterstützung. Hierbei sollten sowohl direkt Betroffene als auch Bildner:innen im Fokus stehen, die ggf. zwar nicht selbst betroffen sind, jedoch präventiv ihre Veranstaltungen weniger konfrontativ ausrichten und einem hohen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt sind. Aktuell fehlt es noch an Wissen über Betroffene, Angreifer:innen sowie deren Motivation und Vorgehensweisen. Dies gilt teilweise auch für Bewältigungs- und Handlungsstrategien, mit denen diesen Herausforderungen begegnet wird.

Zunächst bedarf es einer systematischen Erfassung und einer nachfolgenden qualitativen sowie quantitativen Evaluation und Sichtbarmachung von medialen, strukturellen und physischen Angriffen, Anfeindungen und Einschüchterungen im Feld der außerschulischen politischen Bildung. Aus den Resultaten der Evaluation muss sich eine (Weiter-)Entwicklung von Handlungsstrategien im Umgang mit Angriffen und Anfeindungen ergeben, mittels welcher sich die non-formale Bildung weiter professionalisieren kann. Hierzu können ebenfalls vorgelagerte Ansätze wie generelle Schutzkonzepte für Bildungseinrichtungen und konkrete „risikobehaftete“ Veranstaltungen gehören.

An dieser Stelle soll betont werden, dass viele Projekte bereits Handlungsstrategien entwickelt haben, auch wenn diese (vermutlich aus Sicherheitsgründen) häufig nicht veröffentlicht werden. Das Netzwerk Tolerantes Sachsen stellt jedoch im Umgang mit Anfeindungen Material zur Verfügung (Tolerantes Sachsen 2019).

Weiterhin benötigt es eine Anlaufstelle für rechtliche und strategische Beratung im Umgang mit Angriffen wie Hatespeech, Belästigung, Durchsetzung des Hausrechts, antidemokratischen Wortergreifungen bei Veranstaltungen und physischen Angriffen, um einer empfundenen oder tatsächlichen Hilflosigkeit und Handlungsohnmacht entgegenzuwirken und Betroffene zu unterstützen. Ergänzend kann hier auch eine Stärkung durch Vernetzung erreicht werden. Einerseits um eine potentiellen Überbelastung der Beratungsstellen vorzubeugen und andererseits um Bildner:innen einzubinden, welche (noch) nicht

direkt von Angriffen und Anfeindungen betroffen sind, jedoch aufgrund von Antizipationsschleifen bereits ihre Veranstaltungen anpassen.

Um Träger:innen der demokratischen Bildungsarbeit nachhaltig zu stärken und den beabsichtigten Erfolg der Angriffe auf das Feld vorzubeugen, benötigt es strukturelle Unterstützung. Die vermehrte Sorge um den Verlust der Gemeinnützigkeit sowie dem hoch empfundenen Rechtfertigungsdruck muss konstruktiv entgegengewirkt werden. Um qualifiziertes Personal im Feld der außerschulischen politischen Bildung anzuziehen und zu binden, ist es von wesentlicher Bedeutung, auf den häufig geäußerten Wunsch nach verstärkter politischer Unterstützung zu reagieren.

Außerdem wären Weiterbildungen im Umgang mit Angriffen, digitalen Methoden und Medien sowie der Umgang mit antidemokratischen Tendenzen sinnvoll. Letztlich können gesellschaftliche Konflikte, Spaltungs- und Entfremdungstendenzen nicht von politischer Bildung allein gelöst werden. Vielmehr müssen die sozialen und politischen Wirkungsmechanismen betrachtet und durch politische Gestaltung verändert werden.



Der Umgang mit Anfeindungen und Bedrohungen durch rechtspopulistische und rechtsradikale Strukturen erfordert eine verstärkte Sichtbarkeit und strukturelle Unterstützung. Eine systematische Erfassung und Evaluation von Vorfällen ist notwendig, um Handlungsstrategien zu entwickeln und ggf. Schutzkonzepte zu erstellen. Zugleich sind rechtliche und strategische Beratung, gezielte Weiterbildung und Unterstützungsangebote für politische Bildner:innen unerlässlich, um sie im Umgang mit diesen Herausforderungen zu bestärken.

4.4 Gezielte, prozessorientierte sowie nachhaltige Förderung und Anerkennung politischer Bildungsarbeit

Potenziale

- ländlicher Raum als Ort der Ruhe, des Rückzugs und der Natur
- vielfältige Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten
- umfangreiche Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten

Herausforderungen

- strukturelle Herausforderungen (schlechter ÖPNV, überalterte Bevölkerung etc.)
- fehlende Attraktivität und Beteiligung
- städtisch geprägte Anforderungen an Projekte
- bürokratische Überforderung der Projekte
- fehlende Nachhaltigkeit bei der Förderlogik für ländlichen Raum
- finanzielle Unsicherheiten und prekäre Arbeitsbedingungen
- fehlende Gesamtstrategie zur Förderung von demokratischer Bildung in Sachsen

Lösungsstrategien

- Anpassungen hinsichtlich einer Konzeptoffenheit
- längere Förderperioden
- langfristige und dem ländlichen Raum entsprechende Finanzierungsstrukturen
- Grundfinanzierung, kommunale Beteiligungshaushalte, sächsisches Demokratiefördergesetz
- prozessorientierte Evaluationsmethoden
- Anerkennung und Wertschätzung der Projekte durch Kommunen und Land

Die in Sachsen vorgefundenen Förderstrukturen sind häufig von einer städtischen Perspektive geprägt, jedoch teils inkompatibel mit Blick auf regionale Spezifika des ländlichen Raums. Anpassungen hinsichtlich einer Konzeptoffenheit für Veranstaltungen und (Klein-)Projekte scheinen sinnvoll. Hier braucht es die Möglichkeiten flexibel Kooperationen einzugehen, Beziehungen aufzubauen, auch mit kleinen Gruppen intensiv zu arbeiten und Experimente zu wagen. Dazu benötigt es längere Förderperioden über drei Jahre hinaus. Nachhaltige und dem ländlichen Raum entsprechende Finanzierungsstrukturen, die nicht nur von quantitativen Wirkungsannahmen geprägt sind, würden Bildner:innen eine qualitativ vertiefte und ganzheitliche Arbeit ermöglichen:

DS_01, Abs. 93: Also mit drei Jahren ist das nicht zu machen. Das ist eine Illusion. Da gehen wir alle total unzufrieden raus, glaube ich am Ende. Ich habe keine Ahnung, wie perspektivisch das möglich ist. Wir werden auf jeden Fall dafür kämpfen und dafür streiten, weil wir brauchen mindestens zehn Jahre, finde ich. Mindestens. Und am besten langfristig, weil wir haben Beziehungen aufgebaut, die müssen weitergehen und nur dann können wir nachhaltig was verankern vor Ort. Das ist, glaube ich allen klar. Und das. Möglich sein. Qualität statt Quantität, das hatten wir vorhin schon mal die Auswirkung. Bürokratie abbauen, weniger Schriftkram usw.

Darüber hinaus wünschen sich die Projekte Formen der dauerhaften Grundfinanzierung, etwa durch einen dauerhaften kommunalen Beteiligungshaushalt (u.a. DS_01, Abs. 64; B0210, Abs. 242) oder durch eine institutionelle Förderung durch ein sächsisches Demokratiefördergesetz (u.a. B0328, Abs. 36-52; B0120, Abs. 200). Vorteile ergeben sich aus einem Minimum bürokratischen Aufwandes im Vergleich zur aktuellen Struktur. Des Weiteren wären alternative Bewertungsformen möglich, welche nicht nur den quantitativen Output des Projektes messen. Sowohl „Peer reviewing“ (DS_01, Abs. 18) als auch „Storytelling“ (DH_02, Abs. 73) gelten hierbei als prozessorientierte Evaluationsmethoden:

DH_02, Abs. 73: Wir möchten gerne für das Netzwerk [...] diese Storytelling-Idee stärker machen. Das ist auch so ein Impuls, der auch aus dem [Ministerium] kommt, aber den wir ganz gerne aufgenommen haben, dass Geschichten erzählt werden und auch also vor allem einzelne Geschichten und dass das darstellt, dass Wirkung passiert über einen längeren Zeitraum und nicht mit Zahlen. Das ist jetzt ein Versuch, über diese emotionale, empathische Ebene zu gehen, um zu zeigen, was es auch bei einzelnen Menschen verändert. Und das ist auch, was das große Ganze am Ende ist.

DH_02, Abs. 66: B01: Wir erproben auch andere Formate der Darstellung für Wirkung. Das versuchen wir zumindest über Geschichtenerzählen usw.

Auch der direkte Austausch vor Ort und Begehungen können eine alternative Form einer qualitativen Überprüfung von Wirksamkeit sein:

B0109, Abs. 62: Tatsächlich, was ich gut fand, war letztes Jahr zum Beispiel kam tatsächlich ein Fördergeldgeber zum ersten Mal überhaupt seitdem wir hier sind vorbei, einfach um mal ins Gespräch zu kommen. Ins Gespräch zu kommen, inhaltlich, was hier so läuft. Ich war so dankbar dafür, endlich tatsächlich mal wirklich inhaltlich mich mit ihm auseinanderzusetzen und mal vorzustellen, um was es geht und denen das zu erklären und auch die Ansätze zu erklären und dass sich tatsächlich jemand Zeit nimmt und da wirklich zu schauen: Das ist eine Wirkung.

Dies könnte gleichzeitig eine bürokratische Entlastung darstellen, wenn weniger quantitativ in Form von Papier als qualitativ in Begegnung kommuniziert werden könnte (siehe dazu auch B0201, Abs. 144, abgebildet auf S. 35). Darüber hinaus wird eine direkte Kommunikation mit den Fördergeldgeber:innen durch die Übernahme von Moderationen, Besuch von Bildungsveranstaltungen oder Methodenoffenheit mit Blick auf den Abschlussbericht als Möglichkeit der Anerkennung und Wertschätzung vorgeschlagen (siehe auch B0201, Abs. 144 abgebildet auf S. 35):

B0109, Abs. 70: Also, wo ich sage: Gott sei Dank. Also ich fand es total schön und ich glaube, das mag ich oder das könnte helfen, wenn wir tatsächlich unsere Arbeit einfach in einem Gespräch auch mal erklären können. Direkt vor Ort oder zu sehen: Mensch, was gibt es hier denn alles, was wird hier alles getan. Und nicht immer bloß auf schwarz-weiß.

B0125, Abs. 399: Ich glaube, ich habe von regelmäßigen Treffen mit dem Ministerium erzählt. Das würde sehr helfen, dass man weiß, dass man nicht alleine ist.

Das Gefühl, gesehen und anerkannt zu werden, gilt als treibender Motivationsfaktor der ländlichen Bildungsarbeit. Dazu zählt aber auch die Fähigkeit und Möglichkeit, die eigene Arbeit öffentlich wahrnehmbar darstellen zu können (u.a. B0210, Abs. 490).

Für die im Abschnitt 3.4 erwähnten strukturellen Herausforderungen hinsichtlich Mobilität, Altersstruktur oder Versorgungswege konnten die Teilnehmer:innen im Werkstattgespräch keine konkreten Lösungsstrategien entwickeln. Die strukturellen Probleme hinsichtlich Mobilität, Altersstruktur oder Versorgung können letztlich nicht allein durch politische Bildung, sondern nur durch eine nachhaltige Politik gelöst werden.

Die Arbeit der Projekte und der politischen Bildung kann in diesem Zusammenhang darin bestehen, Diskursräume und Teilnehmungsformate für die Probleme zu entwickeln, zu moderieren sowie die Bevölkerung und Entscheidungsträger:innen für die Probleme zu sensibilisieren.



Es braucht einen Wandel in der Finanzierungslogik. Dazu zählt nicht nur länger und nachhaltiger zu fördern, sondern auch auf die Spezifika des ländlichen Raumes in Finanzierungsstrukturen, Wirksamkeitsvorstellungen und Förderinstrumenten adäquat zu reagieren. Dazu zählt aber auch, eine sächsische Gesamtstrategie für demokratische und politische Bildung zu entwickeln, die komplementär und nicht konkurrenzbasiert ausgelegt ist, ressourcenorientiert ist und sich nicht nur entlang von Zielgruppen ausrichtet, die Flexibilität zulässt und Innovation fördert, statt durch Bürokratie und bestimmte Wirkungsvorstellungen einzuzengen.

Platz für Gedanken & Fragen



Stimmen aus der Praxis



Vorgaben und fehlende Passung mit den Bedarfen im ländlichen Raum führen immer wieder zu Frustration

B0206, Abs. 184-192: Das hat Auswirkungen aufs Fördergeld. Also wir haben/ Ich gehe auch das Weltoffene Sachsen nicht mehr an, also wir als Verein nicht mehr. Wir sind jetzt über EU-Mittel mal gegangen. [...] Ja, aber die fragen, das wussten wir ja auch nicht, in diesem Punktesystem fragen die ab. Und wenn mich dann/ Der letzte Landrat, der war genauso drauf wie die beiden, die in der Stadtverwaltung sitzen. Da gibt es null Punkte. Und das ist/die Ablehnung.

B0209, Abs. 304-308: Man muss halt immer ein Konzept vorlegen, wo man sagt: Wir haben die und die Zielgruppe, das und das Bildungsziel, wir machen das und das Angebot in dem und dem Format und da kommt der und der Referent möglichst noch zum Einsatz. Also es muss unheimlich konkret sein schon, ohne dass man weiß, ob man die Fördermittel kriegt. Also man muss sich sozusagen so dermaßen festlegen, sehr ausführlich, und kriegt dann vielleicht 5.000 € oder so. Das ist, gut, es ist im Vergleich zu meinem Jahresbudget schon enorm viel, aber (Lachen) ich bin ja dann auch eingeschränkt, was ich damit machen kann. Ich kann damit nicht jedes x-beliebige Thema dann umsetzen, sondern ich muss ja dann dafür das nehmen, für dieses Projekt und für diese ganz konkrete Zielsetzung, die ich dort in dem Projektantrag beschrieben habe. Also das ist (.) total aufwändig. Mal abgesehen von der Abrechnung, die dann hinterher noch kommt und die Dokumentation, die zwischendurch noch kommt. Also das hält uns alles ab von unserer eigentlichen Bildungsarbeit, die wir machen wollen. Also von diesem freien Agieren im Sinne von: Wir wollen ja auch mal aktuell reagieren. Also wenn ich jetzt einen Antrag

B0201, Abs. 144: Kommunikation mit den Geldgebern oder mit der jeweiligen Einrichtung. Also dass man offen kommuniziert und sich nicht mehr per Zuwendungsbescheiden oder Abwendungsbescheiden unterhält. Dass man eine Begleitung hat, wohlwollend, aber wissend, dass die Projekte, egal wo, meistens mehr Ahnung haben als irgendjemand fernab. Also was zumindest das Praktische angeht oder was den Problembezug angeht.

4.5. Bildungsimplicite Veranstaltungen, lebensweltliche Entlastungsangebote und Professionalisierung

Potenziale

- gestaltbare Freiräume
- Schaffung von Begegnungsräumen und Selbstwirksamkeit
- Sichtbarkeit, Gestaltung und Veränderung

Herausforderungen

- Erreichbarkeit von Menschen, die sich noch nicht für politische Bildung interessieren oder engagieren
- didaktische Unsicherheiten über Bedürfnisse der Zielgruppen (Ansprache, Formate, Themen)
- Spannungsfeld zwischen lebensweltlichen Themen und Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung und Zielen der politischen Bildner:innen

Lösungsstrategien

- bildungsimplicite Veranstaltungen
- lebensweltliche Entlastungsangebote
- Professionalisierung

Bezüglich der Erreichbarkeit und Ansprachehürden schlagen die Bildner:innen öffentliche Begegnungsräume, aktive Befragung und bildungsimplicite Veranstaltungen bzw. Rucksackveranstaltungen vor. Für solche Zugänge braucht es nicht nur langfristige Bindungen, sondern auch lebensweltliche und räumliche Orientierung:

B0201, Abs. 336-338: Wir bieten der Jugendfeuerwehr an, wir fahren mit denen nach Berlin und gucken uns in Berlin die Flughafenfeuerwehr an. Wow! Und es ist kein Problem, abends gibt es Bier. Auch wow. Und danach gehen wir aber ins Holocaust-Museum. Okay. Ich (unv.) dabei und es gibt interessante Gespräche. Sind erst mal aufgeschlossen, weil die wissen: Wow, zu den großen Feuerwehrautos. Na ja. Gibt es ja in allen Bereichen. Also wie oft ich so Lockangebote kriege. [...] Und da hat man die Leute erst mal und da hat man ja erst mal eine Aufgeschlossenheit. Und da hängt das dran und dann kann man ja immer noch mal im Gespräch sehen, also es ist auch keiner gezwungen, aber man kommt dann trotzdem mit Leuten ins Gespräch, die jetzt, wenn wir jetzt ausschreiben würden: Wir fahren ins Jüdische Museum nach Berlin; da jetzt sich gar nicht abgeholt fühlen würden. Und es ist erstaunlich, was wir dort für wunderbare Gespräche führen, was wir selber manchmal für Denkschubladen im Kopf haben, wenn man so an Leute denkt, wo man dann im Gespräch mitkriegt: Ach so, nein, so hängt das zusammen. Oder da sind wir uns einig in den Punkten, gibt es vielleicht Punkte, da sind wir uns nicht einig, aber wir haben auch viele Einigkeiten.

Ein anderer Ansatz schlägt die Kooperation mit Reparaturwerkstätten, Küche für alle, Unterstützung und Betreuung von Kindern oder Alten vor (DS_01, Abs. 83), bei denen bestehende Räume für politische Bildung erschlossen und gleichzeitig lebensweltliche Entlastungsangebote geschaffen werden können:

DS_01, Abs. 84: Und dann sind da nur so Beispiele wie vielleicht eine Einkaufskooperative, vielleicht Unterstützung bei der Kinderbetreuung, bei der Pflege, bei einer Küche für alle, dass niemand mehr am Abend kochen muss oder für alle gekocht ist, als reparieren. Und noch idealer wäre es natürlich, wenn das nicht wir machen die Vorhaben, die entlasten [...]. Wir machen es gemeinsam und dadurch entlasten wir die Einzelnen bis Gemeinde mit.

Die Idee dahinter liegt darin, der Eingebundenheit der ländlichen Bevölkerung entgegenzukommen, indem Angebote an Orten, Zeiten und Handlungen stattfinden, die bereits Teil der Lebenswelt der Zielgruppe sind oder die ihnen eine konkrete Entlastung bieten. Auch Angebote am Arbeitsplatz, Einkaufsstätten oder auf Dorffesten sind demnach denkbar. Schließlich werden Professionalisierung und die Zeit dazu als ein wichtiger Faktor für die Verbesserung der eigenen politischen Bildungsarbeit angesehen:

B0209, Abs. 28: Ganz viel Kommunikation. Also E-Mails schreiben, telefonieren, das ist das meiste. Und das alles, um zu organisieren. Also um

Veranstaltungen zu planen, um (..) den Rahmen zu setzen. [...] Und wenig Zeit oder zu wenig bleibt für Recherche eigentlich. Um die Themen erst mal zu eruieren oder um da auch inhaltlich fit zu sein. Also ich hätte gerne viel mehr Zeit für das Zeitunglesen zum Beispiel, also fürs Medien nutzen, um sich Themen zu erschließen. Ich würde viel mehr gerne in andere Veranstaltungen gehen, um dort das Ohr ranzuhalten und zu gucken, was so los ist.

B0210, Abs. 176: Was wir zum Beispiel gemacht haben, ist, [...] Coaching zu verpflichten, in unseren eigenen Projekten, die wir/ Und das finde ich halt sehr wichtig. Und es ist, glaube ich, so eine Arbeitsethik auch, die auch viele Leute überfordert, aber aus der wir gerade nicht rauskommen, ist dieses machen, machen, machen, machen, wenig reflektieren, machen, machen, machen.

Bei Professionalisierung geht es um Aus- und Weiterbildung in methodischer und didaktischer Hinsicht, darum, Formate und Themen besser an die Bedürfnisse der Zielgruppen anpassen zu können, aber auch um Organisationswissen zu Öffentlichkeitsarbeit, Förderstrukturen, Management und Prozessorientierung.



Um die Freiräume des ländlichen Raums nutzen zu können, braucht es bedürfnisgerechte und motivierende Formate. Dazu zählen einerseits bildungsimplizite Veranstaltungen, die an die Lebenswelt der Menschen anknüpfen, aber auch Entlastungsangebote, die politische Bildung und begrenzte Ressourcen der ländlichen Bevölkerung miteinander verknüpfen. Um dies umsetzen zu können, bedarf es einer verstärkten Professionalisierung, aber auch struktureller Voraussetzungen, die Zeit und Raum dafür geben.

Platz für Gedanken & Fragen



5. Diskussion und Schlussfolgerungen

Auch wenn insgesamt die Rückmeldungen von 21 Befragten aus unterschiedlichen Erhebungsinstrumenten in die Ergebnisse eingeflossen sind, müssen die Ergebnisse als exemplarisch und letztlich perspektivisch betrachtet werden. Dennoch werden wichtige Einblicke und Hintergründe offengelegt, die im Folgenden hinsichtlich der Herausforderungen, Potenziale und Lösungsstrategien diskutiert, synthetisiert und mit den Ergebnissen anderer Arbeiten abgeglichen werden.

Die beiden ersten Spannungsfelder zeigen auf, wie eng Herausforderungen und Potenziale miteinander verbunden sind: einerseits wird das Potenzial der direkten Zugänge über Beziehungen sowohl zur Bevölkerung als auch zu Entscheidungsträger:innen angebracht. Andererseits wird eine wahrgenommene Distanz oder gar Oppositionsrolle durch die Bildner:innen beschrieben. Auch Schieman et al. beschreiben in ihrer Studie diese Gleichzeitigkeit von „Aufeinander achten - persönliche Nähe und soziale[r] Kontrolle“ in Dorfgemeinschaften (2022: 395).

Die von den Bildner:innen beschriebenen Attribute der Ruhe, des Rückzugsortes und der Natur in Abgrenzung

zur Stadt als einen Raum der Solidarität finden sich in zahlreichen Beschreibungen anderer Autor:innen wieder:

“Abermals gibt es Sehnsüchte nach dem Dorfleben und der in ihm vermuteten Gemeinschaft gegenüber der Anonymität, dem Stress und den Gesundheitsgefahren der Großstadt als dem Inbegriff der modernen und zeitgenössischen – kapitalistischen, neoliberalen und naturfeindlichen – ‘Gesellschaft’. ‘Gemeinschaft’ steht auch heute noch für sozialen Zusammenhalt, Integration und Fürsorge“ (Delitz 2019: 326)

Auch wenn es sich bei einer solchen Beschreibung um ein „soziales Konstrukt“ (Schieman et al. 2022: 390) handelt, haben die Vorstellungen und Zuschreibungen reale „alltagsweltliche Bedeutung“ (ebd.: 401). Und so zeigt die Interviewstudie von Schieman et al. ebenfalls auf, „dass die sozialen Beziehungen der Bewohner:innen zwischen einem Aufeinander-Achten im Spannungsfeld von Fürsorge beziehungsweise gegenseitiger Unterstützungsleistungen und sozialer Kontrolle changieren“ (2022: 400). Die Schließung von Diskursräumen und die erschwerten Zugänge zu bestimmten Kreisen oder zu einer breiten

Mitte wird auch in anderen Studien nachgezeichnet (Zick/Küpper 2021: 70ff.). Es bestehe durchaus Skepsis gegenüber allem Politischen, denn „Politik bringe Unfrieden und trage zur sozialen Erosion der Dorfgemeinschaft bei“ (Dünckmann 2019: 144) und politische Bildungsprojekte seien Teil der „Politik da oben“, an der man nichts ändern könne (Jacobsen 2017: 75).

Dass es Menschen, die von außen in den ländlichen Raum kommen, besonders schwer haben Fuß zu fassen, konnte nicht nur in der vorliegenden Analyse, sondern auch in anderen Studien aufgezeigt werden (Schiemann et al. 2022: 399). Trotz dieser Hürden wird nicht nur von den Studienteilnehmer:innen festgehalten, dass es vor allem mit genügend Geduld und Zeit gelingen kann, Beziehungen aufzubauen und durch eine Art „Anpackmentalität“ (Schmidt/Böhm 2022) politische Bildung in einer gemeinsam geteilten Lebenswelt agieren kann. Demokratische Bildner:innen können so zu „„Brückmensch:innen“ [werden], welche als Vermittler dienen und den Kreis im ländlichen Raum aufbrechen“ (Möller u.a. 2022: 221; Büdel/Kolleck 2023: 792). Basis dafür sei eine umfassende Bedarfsanalyse, die auf ehrlichem „Zuhören und wahrnehmen, was gesagt wird“ (Möller et al. 2022: 221) beruhe. Diese Anforderungen decken sich mit den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung. Allerdings sind diese Anforderungen, Beziehungen aufzubauen, Gatekeeper:innen zu etablieren und Bedarfsanalysen durchzuführen selten als zentrale Aufgaben politischer Förderprogramme etabliert. Es benötigt demnach Förderstrukturen, welche den zeitlichen und personellen Rahmen für Kommunikations- und Beziehungsarbeit ermöglichen. Dann wird es darüber hinaus möglich, über einzelne Veranstaltungen hinaus stabile Strukturen für bildungsimplizite Veranstaltungen und lebensweltliche Entlastungsangebote in gestaltbaren Freiräumen zu entwickeln.

Soziale Beziehungen scheinen auch im Mittelpunkt der Kooperation mit kommunaler Politik und Verwaltung zu stehen. Dissonanzen mit kommunalen Akteur:innen können aber nicht ausschließlich auf politische Verwerfungen zurückgeführt werden, sondern es bestehe auch eine Überforderung der Gemeinden, deren Handlungsspielraum beschränkt sei und die „in Regularien feststecken, [welche] ein nahezu unüberwindliches Bollwerk aus Vorschriften, Paragraphen, Kontrollen und, ja, auch Misstrauen bilden“ (Neubauer 2019: 75).

Als sinnvolle Lösungsansätze wurden hier öffentliche Begegnungsräume sowie Vernetzungs- und Austauschtreffen zwischen Bürger:innen, anderen Bildner:innen sowie der Kommunalpolitik und Verwaltung aufgeworfen. Auch Molter-Klein und Müller schlagen „Vernetzung mit gegebenen Vereinen [vor], um starke Partner:innen zu generieren“ (Molter-Klein/Müller 2019: 40f.). Weiterhin wird als sinnvoll erachtet, externe Moderationsangebote zu etablieren, um „Vorbehalte hinsichtlich der Abgabe von Kompetenzen oder der Aufgabe von Einrichtun-

gen in der eigenen Gemeinde“ (Büdel/Kolleck 2023: 793) miteinander zu diskutieren und abzubauen. Bundes- und Landesförderprogramme könnten hier Verantwortung übernehmen. Wichtig erscheint, dass die Landesebene hier auch gesamtstrategisch handelt. Mediation, Coaching und Begleitung sind in diesem Sinne als sinnvolle Elemente prozessorientierter Förderung anzusehen.

Vor allem die Fragen nach der Wirkung von politischer Bildung im ländlichen Raum und deren Nachweis führen immer wieder zu Verunsicherung bei den Akteur:innen der politischen Bildung. Auch Büdel und Kolleck halten fest, dass die geforderten Evaluationsformen unpassend wären, da eine „starke Einengung auf bestimmte Kriterien“ existiere (2023: 793). Hier müssen bessere Evaluationsinstrumente gefunden werden, die nicht nur auf den Zahlen der Teilnehmer:innen beruhen, gleichzeitig aber auch keine methodische Überforderung der Projekte bedeuten. Formative Evaluation, Peer-Review-Verfahren oder dokumentierte Prozessentwicklung könnten erste Ansatzpunkte sein. Hier bedarf es aber auch auf Seiten der Wissenschaft vertiefende Forschung zu diesen Evaluationsansätzen und deren Nutzbarmachung für die Bildungspraxis. Auch eine verstärkte Professionalisierung der Bildner:innen hinsichtlich der Selbstevaluation kann zu einer erhöhten Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit beitragen. Der „Wille zur Veränderung“ (Köpping 2018: 16), der bei den Bildner:innen besteht, darf nicht durch Überforderung gebrochen werden, sondern muss Wertschätzung erfahren, um weiterhin Bestand zu haben. Dafür besteht ein Bedarf an Rückhalt auch von Politik und Verwaltung.

Es kann also bis hierhin festgehalten werden, dass es einer höheren gegenseitigen Offenheit und Bereitschaft zuzuhören und zusammen, statt gegeneinander zu arbeiten, bedarf. Das gilt sowohl zwischen Kommunen und Projekten, als auch zwischen Fördergeldgeber:innen und Projekten, aber auch zwischen den Projekten und ihren Zielgruppen.

Zuhören, Beziehungen aufbauen und lebensweltlich arbeiten heißt jedoch nicht, dass bestehenden Einstellungen, die sich jenseits der freiheitlich demokratischen Grundordnung bewegen, ein legitimer Resonanzraum angeboten werden sollte. Im Gegenteil - Teilhabe aller entsteht dadurch, dass kontroverse Positionen diskutiert werden können, weil populistische Delegitimierungsstrategien aufgedeckt und eingedämmt werden (Jugel/Besand 2023: 123 ff.). Insbesondere im Umgang mit Angriffen auf politische Bildungsarbeit braucht es einen Zusammenhalt aller demokratischen Akteur:innen, egal ob diese sich als konservativ oder progressiv verstehen. Es sollten gemeinsame „Konzepte in enger Zusammenarbeit mit den Partnern vor Ort“ (Schmidt/Böhm 2022) erarbeitet werden. Vernetzung, Austausch und gegenseitige Stärkung aller Akteur:innen können auch hier als wichtige Lösungsstrategie gegenüber Einschüchterungsversuchen aufgeführt werden. Dass es sich bei den in dieser Studie aufgeführten

Beispielen von Angriffen auf politische Bildungsprojekte nicht um Einzelfälle handelt, kann auch anhand der 2022 veröffentlichten Explorationsstudie der JoDDiD nachvollzogen werden. Hier konnten Beschimpfungen, Störungen in Veranstaltungen, Boykottaufrufe, Sachbeschädigungen, physische Übergriffe oder gar Morddrohungen durch zahlreiche Bildner:innen dokumentiert werden (Jugel/Lewerenz 2022: 8f.).

Keineswegs soll hier der Eindruck erweckt werden, dass es den ‚einen‘ ländlichen Raum gebe, der stets von rechts-extremen Strukturen geprägt wäre. Vielmehr ist ein breites Spektrum an diversen Akteur:innen vorzufinden, welche in unterschiedlicher Weise zivilgesellschaftlich wirken. Vor allem sind konservative demokratische Einstellungen nicht mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen gleichzusetzen. Reflexive Offenheit muss folglich hier von allen demokratischen Akteur:innen eingefordert werden, auch von den Bildner:innen und Projekten selbst.

Didaktische Unsicherheit und eine Dissonanz zu den Bedürfnissen der Zielgruppen sattelt auf die bisher diskutierten Herausforderungen auf. Die Bildner:innen beschreiben vor allem, dass es ihnen schwer falle, Formate zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der Zielgruppe angepasst sind bzw. sie die Bedürfnisse oft nicht kennen würden. Dies scheint im Widerspruch zu den geschilderten Potenzialen eines guten Zugangs zur Zielgruppe sowie der Einbindung der Bildner:innen in die regionalen Netzwerke und gemeinsam geteilten Lebenswelten zu stehen. Es bestehen hierbei verschiedene Thesen, dies zu erklären. Zum einen könnte dies daran liegen, dass sich die Lebenswelten der Bildner:innen und der Zielgruppe doch nicht so sehr überschneiden wie angenommen. So wurde auch berichtet, dass einige Bildner:innen aus der Stadt zu ihren Projekten pendeln. Andererseits könnten die Vorstellungen von politischen Bildungsformaten nicht nur durch Förderprogramme städtisch geprägt sein, sondern auch bei den Projekten selbst Vorrang gegenüber innovativen Ideen haben. Durch die Rahmenbedingungen der Förderung bleibt es dann ggf. bei klassischen Angeboten und die Nutzung kreativer Freiräume, bildungsimpliziter Veranstaltungen sowie lebensweltliche Entlastungsangebote bleiben eher eine utopische Option.

Dabei zeigt sich, dass genau diese Formate oft der Kern von als gelungen beschriebenen Formaten sind. Dort wo „erfolgreich[e] Mitgestaltungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen [gelingen, kann dies] die Zufriedenheit mit dem demokratischen System erhöhen [...]“ (Molter-Klein/Müller 2019: 42). Gefördert werden diese Emotionen von einer „ausgeprägten Do-it-yourself-Mentalität, die bürgerschaftliches Engagement auch dann ermutigt, wenn spezifische professionelle Qualifikationen fehlen“ (Roth 2003: 30). Doch diese empowernden Erfahrungen sind oft erst der zweite Schritt. Zunächst müssen niedrigschwellige Zugänge geschaffen werden, die hier als bildungsimplizite Veranstaltungen oder Entlastungsangebote

beschrieben wurden. Dabei sind einerseits die Verknüpfungen von lebensweltlichen Interessen und politischen Themen denkbar, wie etwa oben anhand der Rucksackveranstaltung am Beispiel der Jugendfeuerwehr beschrieben wurde, denen ein Besuch der Flughafenfeuerwehr in Berlin mit anschließendem Besuch des Holocaustmuseums angeboten wurde. Andererseits sind eher aufsuchende Formate denkbar, die sich an bestehende Strukturen andocken. Solche Räume und Situationen bzw. Gelegenheiten, an denen Menschen zusammenkommen und durch ein gemeinsames Thema verbunden sind, ermöglichen dialogische Auseinandersetzungen und bieten den Vorteil, dass bei bindungsgefährdenden politischen Konflikten die Gruppe zunächst immer wieder auf den gemeinsamen, emotional verbindenden Gegenstand - der oft jenseits des politischen Streits liegt - zurückkehren kann, bevor sie ggf. erneut in die Auseinandersetzung geht (Jugel/Besand 2023: 131). Aus diesen Situationen heraus sind dann politische Selbstwirksamkeitserfahrungen und politische Beteiligungsprozesse denkbar.

Jede Professionalisierung, Wertschätzung oder Vernetzung wird jedoch ins Leere laufen, wenn politische Bildungsprojekte auf zu kurze Förderperioden und zu komplexe Förderstrukturen treffen. Zum einen bedarf es hier unbedingt einer stabilen Grundfinanzierung der politischen Bildung als Daueraufgabe. Denkbar wäre eine Absicherung durch ein Demokratiefördergesetz auf Landesebene oder durch gut ausfinanzierte Beteiligungshaushalte bei den Kommunen. Andererseits müssen Projekte, die das Ziel demokratischer Bildung im ländlichen Raum haben, ihre Förderlaufzeiten über die kurzen Perioden von ein bis drei Jahren deutlich ausweiten. Nicht nur die hier vorgestellten Ergebnisse deuten auf die Diskrepanz zwischen den Spezifika des ländlichen Raums und bestehender Förderinstrumenten hin, auch an anderer Stelle wurde bereits festgehalten, dass die ländliche Bevölkerung nicht „mit klassischen Seminarangeboten [erreichbar ist], und die politische Bildung [...] innovative Bildungsformate entwickeln [müsse]“ (MIT). Förderprogramme sollten dementsprechend auch das Abweichen von gängigen städtischen Bildungskonzepten ermöglichen und eine Akzeptanz alternativer Ideen und „neue[r] Formen der üblichen Beteiligungsverfahren“ (Neu 2014: 123) sowie „niedrigschwellige[r] Angebote [...] (Tauschbörsen, Handwerksaktionen, Filme)“ (Möller et al. 2022: 221f.) ermöglichen.

Außerdem sollten Beantragung und Abrechnung verbessert werden. Die zumeist von der Sächsischen Aufbaubank verwalteten Förderprogramme sind oft „langwierig und kompliziert und damit im Ausgang eher ungewiss“ (Neubauer 2019: 83).

Aus all dem ergeben sich verschiedene Handlungsanleitungen für verschiedene Akteur:innen (siehe folgende Seite):



WAS ZU TUN IST...

... für die Landespolitik

- Zur Bearbeitung von Konflikten im Kontext der Projekte für demokratische Bildung im ländlichen Raum braucht es Strukturen für Moderation und Mediation.
- Im Umgang mit Angriffen auf politische Bildung bedarf es zum einen der Schaffung von Sichtbarkeit solcher Angriffe, zum anderen einer systematischen Dokumentation, Unterstützungstrukturen sowie politischem Rückhalt und Stärkung der Betroffenen.
- Die Förderlogik muss für den ländlichen Raum angepasst werden:
 - Projekte müssen finanzielle und zeitliche Ressourcen für Vernetzung, Kooperation und Beziehungsaufbau schaffen können,
 - Programme müssen eine echte Offenheit und Flexibilität für die Ausgestaltung von Ansprache, Formaten und Themen ermöglichen,
 - Wirkung sollte durch prozessorientierte qualitative Evaluation statt nur durch quantifizierte Parameter nachweisbar sein.
- Es braucht nachhaltige und dem ländlichen Raum entsprechende Finanzierungsstrukturen, das heißt vor allem längere Förderperioden bzw. die Ermöglichung einer ausreichenden Grundfinanzierung.
- Strukturen zur Professionalisierung der Bildner:innen sollten ausgebaut werden.
- Es bedarf strategischer Konzeptionen demokratischer Bildung in Sachsen, die ressortübergreifend komplementär statt konkurrenzbasierend ausgerichtet sind.

... für die Kommunalpolitik

- Kommunen sollten Vernetzung fördern und koordinieren.
- Es braucht kommunale Strukturen für Moderation und Mediation bei Konfliktfällen.
- In Kommunen sollten trotz diverser Positionen gemeinsame demokratische Ziele zwischen allen Akteur:innen identifiziert und genutzt werden.
- Handlungsstrategien im Umgang mit Angriffen und Anfeindungen sollten (weiter-)entwickelt werden.
- Es sollte eine reflexive Offenheit gegenüber Projekten demokratischer Bildung und ein anerkennender und wertschätzender Umgang etabliert werden.

... für demokratische Bildungsprojekte im ländlichen Raum

- Als Grundlage von politischen Bildungsprojekten im ländlichen Raum müssen Beziehungen, Netzwerke und Kooperationen in die Bevölkerung aufgebaut werden, um politische Selbstwirksamkeit der Zielgruppe zu ermöglichen.
- Zur Etablierung der Schaffung von Zugang in die Kommune und Bevölkerung bedarf es Bindung zu Gatekeeper:innen.
- Es braucht einen langen Atem bzw. eine gewisse Resilienz für eine langfristige Verankerung in der Region.
- Projekte sollten in Kooperation mit Land und Kommune Schutzkonzepte für Angriffe auf Bildungsarbeit erarbeiten.
- Vor dem Hintergrund ländlicher Spezifika ist es sinnvoll bildungsimplizite Veranstaltungen und lebensweltliche Entlastungsangebote zu schaffen.
- Bildner:innen brauchen weitere Professionalisierung hinsichtlich Didaktik, Organisationswissen zu Öffentlichkeitsarbeit, Förderstrukturen, Management und Prozessorientierung.
- Innerhalb der Projekte bedarf es einer reflexiven Offenheit gegenüber konservativ-demokratischen Einstellungen.

Die vorliegende Studie zur demokratischen Bildung im ländlichen Raum Sachsens eröffnet vielfältige Perspektiven hinsichtlich Herausforderungen und Lösungsstrategien, aber auch Potenzialen in diesen Regionen. Es zeigte sich, dass Beziehungen zu regionalen Akteur:innen im Sinne der Bevölkerung, Kommunalpolitik und Verwaltung essentielle Grundlage für eine nachhaltige Bildungsarbeit darstellen. Werden diese erschwert oder verhindert aufgrund von Misstrauen, rechtsextremistischen und -populistischen Strukturen und unzureichenden Anpassungen hinsichtlich der Förderstruktur, so nehmen die Bildner:innen ihre Reichweite und ihren Einfluss oft als begrenzt wahr. Veränderungen hinsichtlich der Förderlogik entsprechend der Spezifika des ländlichen Raumes sowie Unterstützung bei bürokratischen Hürden können als Lösungsstrategien beschrieben werden. Des Weiteren kristallisierten sich Wünsche hinsichtlich stärkerer didaktischer Unterstützung und Moderation heraus, um die Bedürfnisse der Bürger:innen zu analysieren und die eigenen Mängel hinsichtlich Ressourcen kommunizieren zu können. Der städtisch geprägte Blick auf regionale Initiativen erscheint omnipräsent und hemmt auf vielfältige Weise die Arbeit im peripheren Raum sächsischer Bildungsregionen.

Es gilt, die bereits praktizierten Strategien zur Lösung von Herausforderungen weiter zu vertiefen und spezifisch gegebene Potenziale bestmöglich nutzbar zu machen. Gleichzeitig ist es notwendig, dass die bestehende Förderstruktur und -logik einer ländlichen Betrachtungsweise unterzogen wird, um bestmöglich demokratische Bildungsarbeit leisten zu können. Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass es keine allumfassende Antwort auf die Anwendung bzw. Verbesserung aller Ergebnisse geben kann. Die politische Bildungsarbeit ist und bleibt ein sehr heterogenes Feld, wobei auch nach intensiver theoretischer und praktischer Auseinandersetzung keine Universallösung für alle Probleme gegeben werden kann.

Durch die Studienergebnisse gelingt ein Einblick in die Herausforderungen, Potenziale sowie Lösungsstrategien für politische Bildungsarbeit im ländlichen Raum. Vor allem hinsichtlich gelingender Formate, Professionalisierung und der Möglichkeit, Wirkung politischer Bildung im ländlichen Raum sinnvoll sichtbar zu machen, besteht Forschungsbedarf. Die Entwicklungsforschung sowie formative und theoriebasierte Evaluationsforschung scheint für Letzteres eine gute Ausgangsbasis darzustellen. Die John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie sieht ihre Aufgabe darin, diese Desiderate zunehmend auszufüllen.

Stimmen aus der Praxis



VS_01, Abs. 51: Diese Möglichkeiten zu gestalten und wirklich Platz zu haben. Also endlich mal so ein bisschen Luft um sich zu haben. Das hat mich sehr begeistert.

Gestaltbare Freiräume im ländlichen Raum werden als großes Potenzial wahrgenommen

S_01, Abs. 30: [...] bin ja total Fan, Dorffan, und mich begeistert vor allen Dingen, dass man total viel Freiraum hat. Also ich habe so die Erfahrung, dass man sozusagen es gibt zwar wenig, aber es gibt eben dadurch eben auch Freiraum, sich zu entfalten, was zu machen, es zu starten, ganz direkt, sozusagen Selbstwirksamkeit zu erleben.

VS_01, Abs. 15: Was am ländlichen Raum begeistert mich: also zum einen gibt es viele Möglichkeiten, sich einzubringen, sich zu engagieren und vielleicht auch für Veränderung zu sorgen, die eher sichtbar ist, als in der Großstadt. Und zum anderen hat es irgendwas Familiäres, was schnell Beziehungen aufbauen kann oder wo man schnell Beziehungen pflegen kann, als in der Stadt, wo doch eher viel Anonymität herrscht.

Literatur

- Becker, R./ Hafener, B. (2012): Rechtsextremismus im ländlichen Raum – im Spannungsfeld von politischer Bildung, Beratung und pädagogischer Arbeit mit rechten Jugendlichen. In: Debiel, S./ Engel, A./ Hermann-Stietz, I./ Litges, G./ Penke, S./ Wagner, L. (Hrsg.): Soziale Arbeit in ländlichen Räumen. Wiesbaden, S. 147-160.
- BMFSFJ (2020): Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. KJB (ebd.). In: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestags-drucksache-data.pdf> (Zugriff: 22.11.2023)
- Büdel, M./ Kolleck, N. (2023): Rahmenbedingungen und Herausforderungen kultureller Bildung in ländlichen Räumen – ein systematischer Literaturüberblick. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 26 (3), S. 779-811.
- Delitz, H. (2019): Gemeinschaft und Gesellschaft. In: Nell, W./ Weiland, M. (Hrsg.): Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch. Berlin, S. 326-337.
- Dünckmann, F. (2019): Das Dorf als politischer Ort. In: Nell, W./ Weiland, M. (Hrsg.): Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch. Berlin, S. 144-151.
- Freisinger, M. (2021): Demokratiefördernde Jugendsozialarbeit im ländlichen Raum als Prävention gegen das Erstarken rechtsextremer Jugendorganisationen am Beispiel der „Identitären Bewegung“. In: <https://www.socialnet.de/files/materialien/attach/750.pdf> (Zugriff: 18.09.2023).
- Hölzel, T./ Jugel, D. (2019): „Da kannst du Freunde verlieren!“. Politische Bildung, Emotionen und Bindung – Zur Aufklärung eines fachdidaktischen Irrtums. In: Besand, A./ Overwien B./ Zorn, P. (Hrsg.): Politische Bildung mit Gefühl. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 246–266.
- Jacobsen, L. (2017): Ein Volk, ein Wille? Legitimationsprobleme der Demokratie in Sachsen. In: Sächsische Heimatblätter. Zeitschrift für Sächsische Geschichte, Landeskunde, Natur und Umwelt (01/2017), S. 70-75.
- Jugel, D./ Besand, A. (2023): Zwischen Akzeptanz und Abgrenzung. Herausforderungen im inklusiven Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechten Angriffen in und auf Schule. In: Hinz, A./ Jahr, D./ Krusche, R. (Hrsg.): Inklusive Bildung und Rechtspopulismus. Weinheim/ Basel, S. 114-133.
- Jugel, D./ Lewerenz, R. (2022): Wie geht's der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen? Eine Feldexploration (John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie). Dresden. In: <https://tud.link/tb2f> (Zugriff: 23.01.2024).
- Jugel, D./ Strehlow, A. (2024): „Dafür reicht der Platz hier nicht aus“ – Angriffe, Herausforderungen und Bedürfnisse der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen, (im Erscheinen).
- Köpping, P. (2018): „Integriert doch erstmal uns!“. Eine Streitschrift für den Osten. Berlin.
- Küpper, Patrick (2020): Was sind eigentlich ländliche Räume? In: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/laendliche-raeume-343/312687/was-sind-eigentlich-laendliche-raeume/> (Zugriff: 22.02.2024).
- Landatlas (2016): In: <https://karten.landatlas.de/> (Zugriff: 12.12.2023).
- Mayring, P. (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/ Basel.
- Menke, B. (2022): Demokratische Landnahme. Aufsuchende politische Bildung. In: Möller, K./ Neuscheler, F./ Steinbrenner, F. (Hrsg.): Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit. Stuttgart, S. 230-240.
- MIT (o.J.): Miteinander Reden. Ziele. In: <https://miteinanderreden.net/foerderpro-gramm/ziele/> (Zugriff: 07.10.2023).
- Möller, K./ Neuscheler, F./ Steinbrenner F. (2022): Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit. Stuttgart.
- Molter-Klein, A./ Müller, F. (2019): Demokratieförderung – Eine Bewährungsprobe für politische Bildung im ländlichen Raum. In: Journal für politische Bildung: Demokratieförderung vs. politische Bildung. (02/2019), S. 38-43.
- Negt, O. (2016): Versuch einer Ortsbestimmung der politischen Bildung. In: Hufer, K./ Lange, D. (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/ Ts., S. 10-20.
- Neu, C. (2014): Ländliche Räume und Daseinsvorsorge – Bürgerschaftliches Engagement und Selbstaktivierung. In: Dünkel, F./ Herbst, M./ Schlegel, T. (Hrsg.): Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge. Wiesbaden, S. 117-124.
- Neubauer, D. (2019): Das Problem sind wir. Ein Bürgermeister in Sachsen kämpft für die Demokratie. München. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. In: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=78925&token=eb588a6bb6d9b528b8f13b53c5f3642cf896db55> (Zugriff: 16.12.2023).
- Regionalatlas Deutschland 2022. In: <https://regionalatlas.statistikportal.de> (Zugriff: 19.01.2024).

- Roth, R. (2003): Chancen und Hindernisse bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. In: Backhaus-Maul, H./ Ebert, O./ Jakob, G./ Olk, T. (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen, S. 19-42.
- Sächsischer Rechnungshof (2023): Sonderbericht: Richtlinie Integrative Maßnahmen. In: https://www.rechnungshof.sachsen.de/download/PM_SB_RL_intgM.pdf (Zugriff: 10.12.2023).
- Schiemann, S./ Rühmling, M./ Klärner, A. (2022): »Die Dorfgemeinschaft«. (In)Begriff sozialer Nähe und gesellschaftlichen Zusammenhalts? In: Bern, B./ Kallert, A./ Mießner, M./ Naumann, M. (Hrsg.): Ungleiche ländliche Räume. Bielefeld, S. 389-406.
- Schmidt, S./ Böhm, L. (2022): Politisches Engagement im ländlichen Raum. In: <https://www.treffpunkt-kommune.de/politisches-engagement-im-laendlichen-raum/> (Zugriff: 07.10.2023).
- Tolerantes Sachsen e.V. (2019): TolSaxKompakt zum Umgang mit Anfeindungen. In: <https://t1p.de/4ucas> (Zugriff: 20.12.2023).
- Unger, H. (2013): Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden.
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn.

DEMOKRATISCHE BILDUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Eine JoDDiD-Studie zu Potenzialen, Herausforderungen und Strategien außerschulischer politischer Bildung jenseits städtischer Perspektiven

Die Studie zur demokratischen Bildung im ländlichen Raum erforscht die komplexen Herausforderungen und Potenziale politischer Bildung in ländlichen Regionen und diskutiert erste Lösungsansätze. Im Zentrum der Ergebnisse stehen die unmittelbaren Beziehungen im ländlichen Raum, die durch die gemeinsam geteilten Lebenswelten und stabile Interaktionsnetzwerke gekennzeichnet sind, aber auch durch die Konfrontation mit verengten Diskursräumen, Konformitätszwängen und Angriffen.

Die Studie identifiziert sechs Spannungsfelder, die von politischen Bildner:innen im ländlichen Raum navigiert werden müssen. Dabei werden unter anderem die systemischen Herausforderungen der Finanzierung und bürokratischen Belastung aufgezeigt sowie die Notwendigkeit eines nachhaltigen und inklusiven Ansatzes herausgestellt, um politische Bildung effektiv gestalten zu können.

Darüber hinaus werden Lösungsansätze diskutiert, die den Aufbau und die Pflege von Beziehungen und Netzwerken, langfristige Verankerung und Zusammenarbeit mit lokalen Akteur:innen, sowie die systematische Erfassung von Angriffen und deren Prävention thematisieren. Außerdem wird eine gezielte Förderung und Anerkennung der politischen Bildungsarbeit, sowie die Entwicklung bildungsimpliziter Veranstaltungen, die eng an die Lebenswelt der ländlichen Bevölkerung angelehnt sind, gefordert. Die Studie betont den Zusammenhang zwischen langfristiger Handlungs- und Finanzierungssicherheit und der Kultivierung von Vertrauen mit wichtigen lokalen Akteur:innen. Es bedarf dazu einer maßgeschneiderten, prozessorientierten Finanzierungsmechanik, die den einzigartigen Kontext ländlicher Einstellungen respektiert. Die Autor:innen plädieren für eine ganzheitliche Strategie politischer Bildungsförderung in Sachsen, die nicht nur, aber im besonderen Maße den Anforderungen verschiedener Regionen gerecht wird.

Die Ergebnisse zeigen, dass politische Bildung im ländlichen Raum spezifische didaktische Ansätze erfordert, die sich von städtischen Modellen unterscheiden und die ein tiefes Verständnis der lokalen Dynamiken und Bedürfnisse voraussetzen. Die Studie betont die Notwendigkeit einer adaptiven, ressourcenbewussten und langfristig orientierten Herangehensweise, um die demokratische Teilhabe und Bildung in ländlichen Gebieten zu stärken und zu fördern.